

VDP SACHSEN-ANHALT

TRANSPARENT

JAHRESRÜCKBLICK
2024/25



Im Laufe des Schuljahres 2024/25 beschäftigten sich alle freien Schulträger in Sachsen-Anhalt mit besonderer Intensität mit den von der Landesregierung geplanten – zunächst sogar existenzbedrohenden – Finanzhilfekürzungen. Am 24.10.24 versammelten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Jahreshauptversammlung des VDP Sachsen-Anhalt, um ihrer Forderung „**Bildungsvielfalt erhalten!**“

Ausdruck zu verleihen. Wie das Gesetzgebungsverfahren danach konkret ablief und wie es dem VDP Sachsen-Anhalt (gemeinsam mit der LAG der christlich orientierten Schulen) gelang, die im Raume stehenden Kürzungen zumindest noch abzumildern – u.a. darüber berichtet die Broschüre „VDP Sachsen-Anhalt Transparent 2024/25“.

VDP 
VERBAND DEUTSCHER PRIVATSCHULEN
SACHSEN-ANHALT e.V.
BILDUNGSEINRICHTUNGEN IN
FREIER TRÄGERSCHAFT

Chancengleichheit durch Bildungsvielfalt

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser,

auch in diesem Jahr hat sich die Fertigstellung unserer aktuellen Broschüre **VDP Sachsen-Anhalt Transparent** leider etwas länger hingezogen als ursprünglich geplant. Aber nun liegt Ihnen unser traditioneller Jahresrückblick, in dem wir diesmal die wichtigsten Aktivitäten und Herausforderungen des **VDP Sachsen-Anhalt** im Laufe des Schuljahres 2024/25 beleuchten sowie zahlreiche Hintergrundinformationen hierzu liefern, doch noch vor. Ich wünsche Ihnen schon an dieser Stelle eine unterhaltsame sowie vielleicht sogar spannende Lektüre und stehe Ihnen natürlich gern für eventuelle Nachfragen zu den dargestellten Themenschwerpunkten zur Verfügung.

Schon jetzt darf ich resümieren, dass der Zeitraum August 2024 bis Juli 2025, auf den sich diese Ausgabe konzentriert, wohl für alle freien Schulträger und privaten Erwachsenenbildungsdienstleister, aber ganz sicher auch für die Politik und Verwaltung in besonderer Weise fordernd war.

Ich befürchte, dass viele Abgeordnete und Schulträger Ende Februar 2025 das Wort „Haushaltsbegleitgesetz“, das monatelang wie ein Damoklesschwert über den Köpfen der Schülerinnen und Schülern, Lehrkräfte sowie Schülereltern der freien allgemein- und berufsbildenden Schulen schwebte, nicht mehr hören konnten. Als die Landesregierung im Oktober 2024 den Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2025/2026 vorlegte, war die Aufregung bei allen freien Schulen groß. Über den Artikel 5 dieses Gesetzesentwurfes sollten ganz grundlegende Regelungen zur Finanzierung der sog. Ersatzschulen und zum dortigen Lehrkräfteeinsatz neu getroffen werden. Dabei waren die im Gesetzesentwurf vorgesehenen Finanzhilfekürzungen bei den freien Schulen (bei gleichzeitig steigenden Ausgaben des Landes für die staatlichen Schulen) so gravierend, dass bei deren Umsetzung einem Großteil der hiesigen freien Schulen wohl kurz- oder mittelfristig die Insolvenz gedroht hätte.

Den Vertretern der freien Schulen wurde ein Vorgehen gegen diese existenzbedrohenden Planungen gleich aus mehreren Gründen erschwert: Einerseits war von Anfang an klar, dass das Haushaltsbegleitgesetz innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums beschlossen werden sollte. Dies geschah dann auch binnen vier Monaten (inklusive der Weihnachtsfeiertage) nach Vorlage des Gesetzesentwurfs. Zum Vergleich: Das Gesetzgebungsverfahren zum teilweise

parallel dazu laufenden 18. Schulgesetzänderungsgesetz dauerte ein volles Jahr.

Ein weiteres Problem war (und ist), dass die sog. Matrix, mit deren Hilfe die staatlichen

Schülerkosten und hieraus abgeleitet die Finanzhilfesätze für die freien Schulen ermittelt werden, nicht Bestandteil des Schulgesetzes ist, sondern der Umgang hiermit und die Festlegung, welche staatlichen Schülerkostenbestandteile in welchem Umfang bei der Festlegung der Finanzhilfeshöhen Berücksichtigung finden sollen, ausschließlich in den Händen der Schulaufsicht liegt und somit dem Parlament weitgehend entzogen ist. Spätestens im Jahr 2030 ist dieses Verfahren zu wiederholen. Wer dann konkret im Bildungsministerium Verantwortung trägt, kann heute noch nicht abgeschätzt werden. Auch hatte das Bildungsministerium zum Zeitpunkt des Gesetzgebungsverfahrens über mehrere Jahre nicht mehr die nach den bis dahin geltenden gesetzlichen Regelungen zu berechnenden Schülerkostensätze der Ersatzschulen veröffentlicht, so dass es sowohl für die Abgeordneten als auch für die Vertreter der freien Schulen schwierig war, die finanziellen Auswirkungen der vorgesehenen neuen Regelungen hinreichend konkret abschätzen zu können.

Und drittens kam hinzu, dass aus bestimmten politischen Kreisen eine Reihe von unzutreffenden Aussagen zu den freien Schulen in Sachsen-Anhalt platziert wurden, z.B. dass diese inzwischen teurer als vergleichbare staatliche Schulen seien. Dies konnte zwar leicht widerlegt werden (s. auch Ausführungen in dieser Broschüre), hat sich aber offenbar bis heute in den Köpfen einiger Politikerinnen und Politiker festgesetzt.

Dass es uns mit vereinten Kräften dennoch gelang, die vorgesehenen Kürzungen spürbar abzusenken, war vor allem drei Umständen geschuldet: 1. dem abgestimmten und kraftvollen gemeinsamen Agieren der Vertreter des **VDP Sachsen-Anhalt** und der **LAG der christlich orientierten Schulen**, 2. dem großen Engagement der Elternschaften der freien Schulen: Binnen weniger Wochen unterstützten **mehr als 43.000 Personen** durch ihre Unterschriften zwei Petitionen des VDP



Sachsen-Anhalt, die sich u.a. gegen die o.g. Kürzungspläne richteten, und 3. der Bereitschaft namhafter Abgeordneten der Koalitionsparteien, sich mit unseren Argumenten auseinanderzusetzen und nach pragmatischen Lösungen zu suchen. Hierbei möchte ich besonders die Abgeordneten **Guido Heuer, Stefan Ruland, Detlef Gürth, Stephen Gerhard Stehli, Karin Tschernich-Weiske** (alle CDU), **Dr. Katja Pähle, Dr. Andreas Schmidt** (beide SPD) sowie **Andreas Silbersack und Jörg Bernstein** (beide FDP) positiv erwähnen und mich zugleich auch noch einmal bei diesen – ebenso wie bei Vertretern der oppositionellen Fraktionen **Die Linke** und **B'90/Die Grünen** – für deren Unterstützung herzlich bedanken. Mit dem erreichten Ergebnis müssen die freien Schulen zunächst einmal leben, mehr war in der Kürze der Zeit nicht möglich. Da aber verschiedene verfassungsrechtliche Fragen in diesem knapp bemessenen Zeitraum nicht geklärt werden konnten, wird uns die Thematik „Ersatzschulfinanzierung“ sicher auch über die bevorstehende Landtagswahl hinaus weiter stark beschäftigen.

Mit der Landtagswahl am 06.09.2026 befassen sich die Mitglieder des VDP Sachsen-Anhalt ebenfalls schon lange. Wir haben hierzu mittlerweile die Kampagne „**Bildungsvielfalt stärken!**“ gestartet. Mehr darüber kann ich in unserer nächsten VDP-Transparent-Ausgabe berichten.

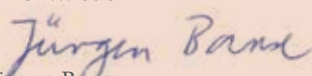
Natürlich hat sich der VDP Sachsen-Anhalt im Laufe des Schuljahres 2024/25 auch noch mit vielen weiteren Themen, die für unsere Mitgliedseinrichtungen sehr relevant waren bzw. sind, befasst. Beispielfhaft verweise ich auf den Umgang mit dem Lehrkräftemangel und die bisher nicht erfolgte Beteiligung freier Schulträger an der dualen Lehrkräfteausbildung, auf die Verhandlungen zum Budget der Pflegeschu-

len für 2026 und 2027, auf die Umsetzung zahlreicher Bundesprogramme (z.B. zum Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung, des Startchancenprogramms, des Sondervermögens Infrastruktur oder des Digitalpakts 2.0), auf die sich systematisch verschärfenden Rahmenbedingungen für Träger von Integrations- und Berufssprachkursen für Geflüchtete und Zugewanderte, auf die schwierige Haushaltslage vieler Jobcenter und dem daraus folgenden Rückgang der Nutzung von zielgerichteten Arbeitsfördermaßnahmen (bei gleichzeitig steigenden Arbeitslosenzahlen) oder auf die zunächst diskutierte Befreiung ausschließlich der staatlichen berufsbildenden Schulen von der Verpflichtung, sich nach den Vorgaben der AZAV zertifizieren lassen zu müssen, um selbst Arbeitsfördermaßnahmen umsetzen zu können.

Über alle diese Themen und noch viel mehr können Sie sich vertiefend mit Hilfe der Broschüre **VDP Sachsen-Anhalt Transparent 2024/25** informieren. Die dargestellte Themenvielfalt wäre ohne tatkräftige Unterstützung der **VDP-Mitgliedseinrichtungen** und vor allen ohne das engagierte Mitwirken des **VDP-Landesvorstandes** mit unserer **Vorsitzenden Katrin Hochheiser** an der Spitze nicht zu bewältigen gewesen. Ihnen allen gilt mein besonderer Dank, ebenso meinen beiden Mitarbeiterinnen **Kristin Langhoff-Rossol** und **Jacqueline Voß** sowie unserem **VDP-Dachverband**.

Liebe Leserinnen und Leser, ich würde mich freuen, wenn die vor Ihnen liegende Broschüre auf Ihr Interesse stoßen würde und Sie uns weiterhin gewogen bleiben.

Ihr bzw. euer

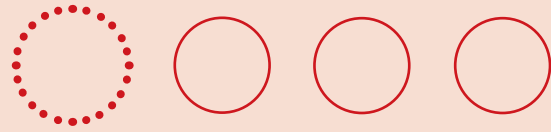

Jürgen Banse



Im Oktober 2025 wurde turnusgemäß der neue Vorstand des VDP Sachsen-Anhalt gewählt, von links nach rechts:

Mike Keune (Stiftung Evangelische Jugendhilfe St. Johannis Bernburg), **Christward Buchholz** (Freie Waldorfschulen Magdeburg und Thale), **Anja Trebeck** (CJD Sachsen-Anhalt), **Vorsitzende Katrin Hochheiser** (MBA Naumburg), **Steffen Kilian** (Oskar Kämmer Schule) und **Andy Zimmer** (BBA "Altmark" und Privatschulen "Altmark" Stendal).

- 02.08.: Schreiben an MdL Monika Hohmann (Die Linke) zur Antwort der Landesregierung auf eine von ihr eingebrachte Parlamentarische Anfrage zu dem Thema „Geplante Aufgabenerweiterung der öffentlichen berufsbildenden Schulen“ (Drs. 8/4402)



HINTERGRUNDINFORMATION:

Mitte 2024 hatte das **Bildungsministerium** den Entwurf des 18. Schulgesetzänderungsgesetzes vorgestellt, in dem u.a. vorgesehen war (und inzwischen beschlossen ist), dass die staatlichen berufsbildenden Schulen künftig als sog. regionale Kompetenzzentren „Aufgaben für erweiterte regionale Bildungsangebote der Ausbildung, Umschulung sowie Fort- und Weiterbildung“ wahrnehmen können. In der Begründung des Gesetzesentwurfes wurde u.a. ausgeführt, dass die staatlichen Schulen weitere Bildungsgänge in die sog. AZAV-Zertifizierung (als Voraussetzung für die Durchführung von durch die Bundesagentur für Arbeit oder durch Jobcenter geförderte Bildungsmaßnahmen) einbeziehen und insbesondere deren Schulleitungen bei ihrem ganzheitlichen Qualitätsmanagement mit zusätzlichen Ressourcen unterstützt werden sollen. Hierauf bezog sich die Anfrage der **Abgeordneten Hohmann**.

Zu der hierauf ergangenen Antwort der **Landesregierung** hatte der VDP Sachsen-Anhalt u.a. folgende kritische Hinweise:

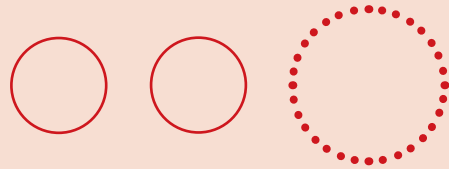
- das Bildungsministerium hat vor der Erarbeitung des Gesetzesentwurfes offenbar weder recherchiert, ob es im Land überhaupt einen Bedarf an einem zusätzlichen Angebot von AZAV-zertifizierten Bildungsgängen gibt, noch wie sich die Teilnehmendenzahlen an derartigen geförderten Weiterbildungsmaßnahmen in Sachsen-Anhalt in den vergangenen Jahren entwickelt haben

- schon jetzt fällt es den staatlichen Berufsschulzentren schwer, mit ihrem Personal deren eigentlichen Kernaufgaben zu erfüllen (Ende 2023 bewegte sich hier in einigen Regionen die Unterrichtsversorgung bei unter 90 Prozent)
- das Bildungsministerium konnte keine Auskunft dazu geben, ob in den vergangenen Jahren die schon bisher von den staatlichen berufsbildenden Schulen durchgeführten Arbeitsfördermaßnahmen jemals durch die Arbeitsverwaltungen – wie gegenüber privaten Anbietern üblich – auf die Einhaltung von Qualitätskriterien überprüft worden sind
- das als vermeintlicher Träger der staatlichen berufsbildenden Schulen AZAV-zertifizierte **Landesschulamt** habe keine unmittelbaren Durchgriffsrechte hinsichtlich der sächlichen Ausstattung, der digitalen Anbindung und des Verwaltungspersonals der staatlichen Berufsschulzentren
- das Bildungsministerium vertritt die Auffassung, dass es keine vorrangige Aufgabe der staatlichen Berufsschulzentren sei, dabei zu helfen, die geförderten Schülerinnen und Schüler in Arbeit zu vermitteln – dies ist allerdings eines der Hauptziele von Arbeitsfördermaßnahmen (s. § 178 Nr. 2 SGB III i.V.m. § 2 Abs. 2 AZAV)

- 05.08.: Mail an das **Bildungsministerium** wegen eines freien Schulträgers, dessen Antrag auf Finanzhilfe für das Schuljahr 2024/25 erst am 01.08. (statt bis zum 31.07.) beim **Landesschulamt Sachsen-Anhalt** eingegangen sein

soll und der deshalb für den kompletten Monat August keine Finanzhilfe erhalten hat – die vom VDP Sachsen-Anhalt angeregte Härtefallentscheidung zugunsten des Trägers wurde jedoch vom Ministerium abgelehnt

- **06.08.:** Teilnahme an Videokonferenz der vier **gewerblichen Kammern** (IHK und HWK) mit **Mitgliedern des Bildungsausschusses** u.a. zur vorgesehenen Aufgabenerweiterung der staatlichen Berufsschulzentren – auch die Kammern sprachen sich gegen dieses Vorhaben vor allem aus wettbewerbsrechtlichen Gründen aus
- **09.08.:** Abgabe einer Stellungnahme des VDP Sachsen-Anhalt zum Entwurf der neuen Richtlinie zur Förderung des Zugangs zu Informations- und Kommunikationstechnologien an den allgemein- und berufsbildenden Schulen in Sachsen-Anhalt (IKT-Richtlinie) gegenüber **Bildungs-Staatssekretär Jürgen Böhm**
- **12.08.:** Schreiben an die **Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt** unter der Überschrift „Aktuelle Haushaltsberatungen: Einsparungen bei Weiterbildungsförderung und Sprachkursen könnten Bund teuer zu stehen kommen“
- **13.08.:** Treffen mit **MdL Jörg Bernstein (FDP)** – Austausch über Entwurf des 18. Schulgesetzänderungsgesetzes sowie eine mögliche Neugestaltung der Regelungen zur Ersatzschul-Finanzhilfe
- **16.08.:** Schreiben an die **MdL Karin Tschernich-Weiske** und **Stephen G. Stehli** (beide CDU) zu den bei einigen freien Schulträgern eingegangenen (eigentlich längst überfälligen) Finanzhilfebeseiden u.a. für das Schuljahr 2022/23, obwohl die hierfür notwendige Veröffentlichung der Schülerkostensätze und die dafür herangezogenen Berechnungsparameter im Schulverwaltungsblatt zu diesem Zeitpunkt noch nicht erfolgt war und deshalb eine Überprüfung auf Korrektheit der Bescheide nicht erfolgen konnte – bei einem zuvor mit **Werner Fieckel**, dem zuständigen **Referatsleiter im Bildungsministerium**, geführten Telefonat hatte dieser angekündigt, dass die noch ausstehenden Schülerkostensätze der Schuljahre 2021/22 bis 2024/25 wahrscheinlich bis Ende des Jahres 2024 veröffentlicht werden würden (was jedoch erst im April 2025 realisiert wurde)
- **19.08.:** Schreiben an **Werner Fieckel (Bildungsministerium)** mit der Anregung, die vorgesehenen Finanzhilfebeseide für vergangene Schuljahre noch so lange ohne Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen, solange die hierfür zugrunde gelegten Schülerkostensätze noch nicht veröffentlicht sind (Zweck: Vermeidung von Klagen der beschiedenen Schulträger innerhalb einer Ein-Monatsfrist)
- **19.08.:** Information der VDP-Mitgliedsschulen über eine Verlängerung der Schulgeldfreiheit für Schülerinnen und Schüler der Berufsfachschulen bzw. Fachschulen für Altenpflege, Kinderpflege, Sozialassistenten sowie für die Erzieherausbildung



Ein Fördermitglied des VDP Sachsen-Anhalt stellt sich vor:



Digitale Transformation in der Schule bedeutet mehr als neue Geräte: Es geht darum, Schulträger und Lehrkräfte von administrativen und technischen Aufgaben zu entlasten, damit echte Freiräume für den Bildungsauftrag entstehen. Genau dabei begleitet Sie Bechtle, ganzheitlich und aus einer Hand.

Wir sind während des gesamten Digitalisierungsprozesses an Ihrer Seite: von der Beratung über Planung und Implementierung bis hin zu nachhaltigem Support. Als führendes IT-Systemhaus entwickeln wir dabei maßgeschneiderte Konzepte für das digitale Klassenzimmer, datenschutzkonforme Cloud-Lösungen und stabile Netzwerkarchitekturen, die zu Ihrer Schule passen.

Gemeinsam sichern wir die Innovationskraft und Zukunftsfähigkeit Ihrer Einrichtung. Sprechen Sie uns an!

- 21.08.: Teilnahme an Feier 20 Jahre **Bilinguale Grundschule "Altmark"** in Stendal u.a. mit Bildungsministerin Eva Feußner



Schulgründer **Manfred Zimmer** und Geschäftsführer **Andy Zimmer** (beide in der Mitte des Fotos) wurden von den Elternvertretern und Mitarbeitern der Bilingualen Grundschule "Altmark" mit zahlreichen Überraschungen und aner kennenden Worten bedacht.

- 29.08.: Ein trauriger Anlass: **VDP-Landesgeschäftsführer Jürgen Banse** nahm an der Trauerfeier des verstorbenen **langjährigen VDP-Bundesgeschäftsführers Dietmar Schlömp** teil.



*In seiner Funktion als VDP-Bundesgeschäftsführer nahm **Dietmar Schlömp** an zahlreichen Veranstaltungen des VDP Sachsen-Anhalt teil. Er wurde von unseren Landesverbandsmitgliedern überaus geschätzt.*

SEPTEMBER 2024

- **03.09.:** Durchführung einer virtuellen Informationsveranstaltung – moderiert von der **VDP-Landesvorsitzenden Katrin Hochheiser** – zu folgenden Themen:
 - „Unterstützungsangebote der Digitalassistenten des LISA für Schulen in Sachsen-Anhalt“ mit **Karoline Schröder** und **Julia Nickel** vom **Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung in Sachsen-Anhalt (LISA)**
 - „Fachkräftesicherung durch (digitales) Elternzeit-Management“ mit **Karoline Gaßmann** von **heyParents**
- **04.09.:** Durchführung einer weiteren virtuellen Informationsveranstaltung, die unter der Überschrift „Wie man als Weiterbildungsanbieter digital und unabhängig von den bisherigen öffentlichen Auftraggebern wird“ stand (Referenten waren **Ralph Frefat** und **Igor Sniezek** von unserem Fördermitglied **DIBICON**)
- **05.09.:** Teilnahme an Videokonferenz der vom **Bundesministerium für Arbeit und Soziales** zur Honorarkräfteproblematik eingerichteten Arbeitsgruppe mit dem Schwerpunkt „Arbeitsmarktdienstleistungen“
- **06.09.:** Teilnahme an Festveranstaltung anlässlich der offiziellen Verabschiedung von **Klaus Roth**, dem langjährigen Vorstandsvorsitzenden der **Stiftung Evangelische Jugendhilfe St. Johannis Bernburg**; Als „Bildungsgestalter“ und „Motor für soziale Innovationen“ wurde Klaus Roth von **Petra Grimm-Benne, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**, mit der Ehrennadel des Landes Sachsen-Anhalt ausgezeichnet. Auch **Bildungs-Staatssekretär Jürgen Böhm** sowie **VDP-Landesgeschäftsführer Jürgen Banse** würdigten mit eigenen Grußbotschaften das jahrzehntelange bildungspolitische Engagement von Klaus Roth, dessen Nachfolge nunmehr das **VDP-Vorstandsmitglied Mike Keune** angetreten hat.

*Ministerin **Petra Grimm-Benne** bei der Übergabe der Ehrennadel des Landes Sachsen-Anhalt an **Klaus Roth**.*

- **16.09.:** Teilnahme von **Katrin Hochheiser** (Vorsitzende VDP Sachsen-Anhalt) am Thementag „Heilerziehungspflege“ der **Care Campus Harz gGmbH**

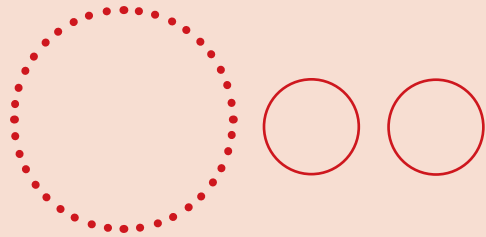
- **17.09.:** Durchführung des VDP-Seminars „Aktuelles Arbeitsrecht für Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft“ mit Rechtsanwältin **Dr. Tina Lorenz** (**BATTKE GRÜNBERG Rechtsanwälte PartGmbH Dresden**) im Ankerhof Hotel Halle/Saale



*Aufmerksam lauschten die Teilnehmenden am Arbeitsrechtseminar des VDP Sachsen-Anhalt den Ausführungen von **Rechtsanwältin Dr. Tina Lorenz**.*



- 17.09.: Abgabe einer Stellungnahme des VDP Sachsen-Anhalt gegenüber dem **Bildungsministerium** zum Entwurf der Verordnungen zu den Qualifikationsvoraussetzungen von Lehrkräften an Pflegeschulen sowie zur Anerkennung der Pflegeschulen
- 18.09.: Teilnahme an Sitzung der **Wirtschafts- und Sozialpartner (WiSo-Partner)** des Begleitausschusses für die EU-Fonds EFRE/JTF und ESF+ in der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg



*Am Rande der Sitzung der WiSo-Partner wurde **Dr. Sigrun Trognitz** (in der Mitte des Fotos), langjährige Sprecherin der WiSo-Partner, in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet.*

- 23.09.: Teilnahme von **Katrin Hochheiser** und **Jürgen Banse** an einer kurzfristig vom Bildungsministerium einberufenen Videokonferenz: Hier informierte **Bildungsministerin Eva Feußner** die Vertreter des **VDP Sachsen-Anhalt** und der **Landesarbeitsgemeinschaft der christlich orientierten Schulen (LAG)** erstmals darüber, dass die Landesregierung in Kürze den Entwurf eines Haushalts-

begleitgesetzes vorlegen wird, über das u.a. die Ersatzschulfinanzierung und der Lehrkräfteeinsatz an den Ersatzschulen neu geregelt werden soll – auf Einzelheiten der geplanten Neuregelungen ging die Ministerin jedoch noch nicht ein, stattdessen verwies sie auf einen Gesetzentwurf, der im Oktober 2024 vorgelegt werden würde.

- **23.09.:** Teilnahme an Veranstaltung mit **Bettina Stark-Watzinger** (zu diesem Zeitpunkt **Bundesministerin für Bildung und Forschung**) in der Lutherstadt Eisleben – Der **VDP-Landesgeschäftsführer Jürgen Banse** handigte dabei der Ministerin Vorschläge zur Lösung der sog. Honorarkräfte-Problematik aus (**Hintergrund:** Nach einem Urteil des Bundessozialgerichts war es kaum noch möglich, an staatlichen und freien Bildungseinrichtungen Honorarkräfte einzusetzen, was aber in vielen Bereichen – z.B. in der Pflegeausbildung oder bei Integrationskursen – praktisch unabdingbar ist.)
- **24.09.:** Schreiben an **Werner Fieckel**, zuständiger Referatsleiter im Bildungsministerium für die Schulen in freier Trägerschaft, mit der Bitte um Übermittlung des Entwurfs des Haushaltsbegleitgesetzes und der vom Ministerium überarbeiteten Matrix zu den staatlichen Schülerkosten für das Haushaltsjahr 2023 – Beide Ansinnen wurden (wohl auch nach Rücksprache mit dem Finanzministerium) mit Verweis auf die bevorstehende offizielle Veröffentlichung des Entwurfs zunächst abgelehnt.
- **24./25.09.:** Teilnahme an auswärtiger Sitzung des **Begleitausschusses für die EU-Fonds EFRE/JTF und ESF+** in Köthen
- **27.09.:** Geltendmachung eines Herausgabeanspruches der Matrix zu den staatlichen Schülerkosten (unabdingbar zum Verständnis der geplanten Neuregelungen zur Ersatzschulfinanzierung) gegenüber dem **Finanz- und Bildungsministerium** mit Verweis auf die Regelungen des Informationszugangsgesetzes für Sachsen-Anhalt
- **30.09.:** Schreiben an **Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff** zum geplanten Haushaltsbegleitgesetz – Erläuterung des aktuellen Kenntnisstandes zu den geplanten Neuregelungen der Bestimmungen zur Finanzhilfe für die freien Schulen, Verweis auf Vorgaben der Landesverfassung hierzu (insbesondere auf Artikel 28 Absatz 2) sowie Ankündigung von öffentlichkeitswirksamen Aktionen gegen die Absicht der Landesregierung, die Finanzhilfe (teilweise existenzbedrohend) im Rahmen eines stark verkürzten Gesetzgebungsverfahrens abzusenken und die weitere Gründung von Ersatzschulen zu erschweren

**Im Schuljahr
2024/25 gab es in
Sachsen-Anhalt
insgesamt 112
allgemeinbildende
Ersatzschulen.**



Ein Fördermitglied des VDP Sachsen-Anhalt stellt sich vor:



Die Campusware GmbH ist bereits seit über 10 Jahren spezialisierter Partner für Digitalisierung in der Bildung. Campusware unterstützt Schulen und Schulträger während des gesamten Prozesses: von der Beratung, über Lieferung und Implementierung bis hin zu Betreuung und Wartung. Mit intelligenten Lösungen, wie z.B. zur

Geräteverwaltung und Softwareverteilung, werden die stabile Nutzung der Geräte gewährleistet, Prozesse optimiert und Kosten reduziert. In unserem Demonstrationszentrum können Schulen und Schulträger jederzeit die neuesten IT-Lösungen für den Einsatz im Unterricht testen und sich beraten lassen. Sprechen Sie uns an!

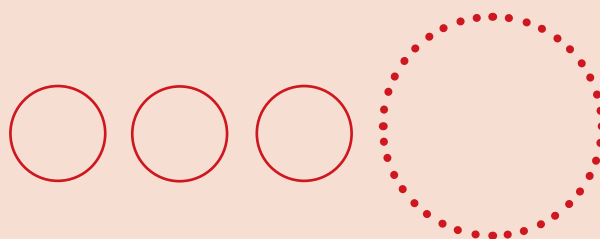
OKTOBER 2024

- **02./03.10.:** Auf Einladung des **Landtagspräsidenten Dr. Gunnar Schellenberger** nahmen die **VDP-Landesvorsitzende Katrin Hochheiser** und der **VDP-Landesgeschäftsführer Jürgen Banse** an Feierlichkeiten aus Anlass des Tages der Deutschen Einheit in der Deutschen Botschaft in Prag teil und sprachen dort mit verschiedenen Landtagsabgeordneten über die vorgesehenen Änderungen zur Ersatzschulfinanzierung (u.a. mit den **MdL Guido Heuer** sowie **Angela Gorr**, beide CDU).
- **04.10.:** Treffen von **Kristin Langhoff-Rossol** und **Jürgen Banse** mit **Amy Schneider**, der neuen bildungspolitischen Referentin der **FDP-Landtagsfraktion** – Erläuterung der VDP-Positionen zur Ersatzschulfinanzierung
- **10.10.:** Schreiben an **MdL Guido Heuer** (Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion) mit Übersendung einer Gegenüberstellung der voraussichtlichen Finanzhilfesätze für die Ersatzschulen im laufenden Schuljahr 2024/25 (bis dahin waren die Sätze trotz klarer zeitlicher Vorgaben in der SchifT-VO noch nicht veröffentlicht) und den aufgrund des bis dahin bekannten Entwurfs des Haushaltsbegleitgesetzes 2025/2026 vorgesehenen Finanzhilfeshöhen im Schuljahr 2025/26

HINTERGRUNDINFORMATION:

Vergleich der voraussichtlichen (noch nicht veröffentlichten) Schülerkostensätze 2024/25 mit den geplanten neuen Schülerkostensätzen laut Entwurf Haushaltsbegleitgesetz für 2025/26 (= SKS 2023 x 1,0536), Stand: 04.10.24

Schulform	Vorl. SKS 2024/25	Gepl. SKS 2025/26	Absenkung um	Prozentualer Rückgang um
Grundschule (mit verl. Öffnungszeiten)	6.327,95 €	5.657,93 €	670,02 €	10,6 %
Sekundarschule	7.084,97 €	6.025,97 €	1.059,00 €	15,0 %
Gymnasium Kl. 5 – 10	6.960,41 €	5.957,41 €	1.003,00 €	14,6 %
Kl. 11 - 12	10.555,41 €	9.625,43 €	929,98 €	8,8 %
Integrierte Gesamtschule Kl. 5 – 11	7.694,93 €	7.242,20 €	452,73 €	5,9 %
Kl. 12 - 13	11.501,92 €	9.625,43 €	1.876,49 €	16,3 %
Gemeinschaftsschule (13) Kl. 5 – 11	7.193,21 €	6.025,97 €	1.167,24 €	16,2 %
Kl. 12 - 13	10.266,18 €	9.625,43 €	640,75 €	6,2 %
Förderschule (Geistige Behinderung)	32.000,66 €	23.553,58 €	8.447,08 €	26,4 %
FS Sozialpädagogik (integrativ)	6.158,82 €	5.254,01 €	904,81 €	14,7 %
BFS Physiotherapie (3J/V)	8.075,74 €	7.457,83 €	617,91 €	7,7 %



- **09.10.:** Veröffentlichung der wichtigsten Fragen und Antworten (FAQ) zu den (zu diesem Zeitpunkt bekannten) geplanten Neuregelungen zur Finanzhilfe für Ersatzschulen in Sachsen-Anhalt auf der Homepage des VDP Sachsen-Anhalt, u.a. mit der Behandlung folgender Fragen:

- Wie viele Schülerinnen und Schüler lernen an freien Schulen in Sachsen-Anhalt?
- Warum erhalten freie Schulen (hier: Ersatzschulen) in Sachsen-Anhalt überhaupt eine Finanzhilfe vom Land?
- Welche konkreten Ansprüche sind für die Träger von Ersatzschulen sowie deren Schülerinnen und Schüler aus der Landesverfassung ableitbar?

Diese und weitere Fragen sowie die Antworten hierauf (damaliger Stand) sind noch immer hier zu finden:



Ein Fördermitglied des VDP Sachsen-Anhalt stellt sich vor:



Hays – Ihr Partner für Fach- und Führungskräfte in Bildung und Sozialwesen

Als führender Personaldienstleister unterstützen wir Bildungsträger, soziale Einrichtungen und Unternehmen bei der Besetzung von Schlüsselpositionen. Unser Schwerpunkt liegt in der Vermittlung von Fach- und Führungskräften in den Bereichen:

- **10.10.:** Kennlerngespräch von **Steffen Kilian** (Vorstand VDP Sachsen-Anhalt) und **Jürgen Banse** mit **Marc Melzer, Vorstand der Investitionsbank Sachsen-Anhalt** – Dabei ging es um die Tätigkeit der Investitionsbank als Bearbeiter von Förderanträgen, Abrechnungen und Verwendungsnachweisen u.a. von Schul- und Erwachsenenbildungsträgern.
- **14.10.:** Gespräch mit **MdL Dr. Katja Pähle** (Vorsitzende und bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion) über das geplante Haushaltsbegleitgesetz sowie Telefonat mit **MdL Andreas Silbersack** (Vorsitzender FDP-Landtagsfraktion) über die besonderen Auswirkungen des Haushaltsbegleitgesetzes auf die Förderschulen in freier Trägerschaft mit dem Förderschwerpunkt Geistige Behinderung
- **16.10.:** Versendung des nunmehr vollständig vorliegenden Entwurfs des Haushaltsbegleitgesetzes 2025/2026 (Drs. 8/4670) sowie eine erste Einschätzung hierzu an die **Mitglieder des VDP Sachsen-Anhalt** sowie zur Kenntnisnahme auch an die **Vorsitzenden und bildungspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen**
- **18.10.:** Treffen von **Steffen Kilian** (Vorstandsmitglied des VDP Sachsen-Anhalt) und **Jürgen Banse** mit **Torsten Narr**, Mitglied des Vorstandes der **Regionaldirektion Sachsen-Anhalt/Thüringen (RD SAT)** der Bundesagentur für Arbeit – Gespräch über die aktuellen Schwerpunkte der Geschäftspolitik der RD SAT

allgemein- und berufsbildende Schulen, Erwachsenenbildung, Sonderpädagogische Angebote, Internationale Bildung, Digitale Bildung, Arbeitsmarktdienstleistungen u. a.

Darüber hinaus decken wir angrenzende pädagogische und kaufmännische Funktionen ab. Mit unserer Expertise und einem starken Netzwerk sorgen wir dafür, dass Sie die passenden Talente finden – zuverlässig als **Festvermittlung**, in **Arbeitnehmerüberlassung** oder über **freiberufliche Experten**. Gemeinsam gestalten wir Zukunft erfolgreicher Personalstrategien.

- **18.10.:** Schreiben des VDP Sachsen-Anhalt an die **Fraktionsvorsitzenden** sowie **bildungs- und finanzpolitischen Fachpolitikerinnen und -politiker** der Koalition von **CDU, SPD und FDP** mit der Bitte um Unterstützung, insbesondere um Herauslösung des Artikels 5 (in dem es um die Neuregelungen zu den Ersatzschulen ging) aus dem kurz-

fristig zu beschließenden Haushaltsbegleitgesetz; dabei Verweis auf folgende Finanzplanungen der Landesregierung, die zu einem starken Auseinanderdriften der Ausgaben des Landes für die Schülerschaft der staatlichen und der freien Schulen führen würden:

HINTERGRUNDINFORMATION:

Geplante Haushaltsentwicklungen im Land Sachsen-Anhalt zwischen den Haushaltsjahren 2024-2026 (hier: Vergleich allgemein- und berufsbildende Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft)

Quelle: Entwurf Haushaltsplan Sachsen-Anhalt 2025 + 2026, Einzelplan 07

Öffentliche Schulen ¹	Haushaltsjahr (in 1.000 €)			Entwicklung 2024-2026 (in 1.000 € und %)
	2024	2025	2026	
Grundschulen	326.779	369.160	360.615	+ 33.836 (+ 10,4 %)
Weiterführende Schulen	571.098	608.443	621.487	+ 50.389 (+ 8,8 %)
Förderschulen	208.943	225.461	229.740	+ 20.797 (+ 10,0 %)
Berufliche Schulen	129.161	134.300	136.398	+ 7.237 (+ 5,6 %)
Sondererfassung: Versorgung inkl. Beihilfen für Versorgungsempfänger im Bereich Schulen	35.936	47.215	51.966	+ 16.030 (+ 44,6 %)
Öffentliche Schulen Gesamt	1.271.917	1.384.579	1.400.206	+ 128.289 (+ 10,1 %)
Freie Schulen ²	Haushaltsjahr (in 1.000 €)			Entwicklung 2024-2026 (in 1.000 € und %)
	2024	2025	2026	
Grundschulen	41.544	42.718	41.006	- 538 (- 1,3 %)
Weiterführende Schulen	125.551	117.070	112.575	- 12.976 (- 10,3 %)
Förderschulen	15.646	11.850	9.992	- 5.654 (- 36,1 %)
Berufliche Schulen	38.188	33.910	32.355	- 5.833 (- 15,3 %)
Freie Schulen Gesamt	220.924	205.548	195.928	- 24.996 (- 11,7 %)

¹ Einbezogen sind hier nur geplante Landesausgaben für das päd. Personal an staatl. Schulen; nicht erfasst: u.a. Kosten LK + Kommunen

² Einbezogen ist hier die Gesamt-Finanzhilfe für laufende Personal-, Sach- und Gebäudekosten der Ersatzschulen; Landesregierung geht im Haushaltsplan für Schuljahr 2025/26 von einer Steigerung der Anzahl der finanzhilfeberechtigten Schüler um 300 aus

- **20.10.:** Richtigstellung des VDP Sachsen-Anhalt gegenüber dem unter den 18.10. genannten Adressatenkreis zu einem Artikel der „Mitteldeutschen Zeitung“, in dem **Bildungsministerin Eva Feußner** mit der Behauptung zitiert wurde, dass die freien Schulen inzwischen teurer als die staatlichen Schulen seien (bezogen auf die Ausgaben

pro Schüler) – Verweis ggü. den Politikern auf die bis dahin vorliegenden Statistiken aus dem **Haushaltsjahr 2022:** Hier wurde **für jeden Schüler einer staatlichen Schule im Durchschnitt 9.967 €** vom Land und den Kommunen aufgebracht, für **jeden Schüler einer freien Schule** hingegen nur **6.292 €**.

- 22.10.: Die Landesarbeitsgemeinschaft der christlich orientierten Schulen (LAG) und der VDP Sachsen-Anhalt führen eine gemeinsame und viel beachtete Pressekonferenz unter der Überschrift „Quo vadis, freies Schulwesen?“ durch. Die Pressekonferenz kann man sich hier noch einmal auf YouTube ansehen:



Katrin Hochheiser, Vorsitzende des VDP Sachsen-Anhalt, stand auf der Pressekonferenz gemeinsam mit Dr. Dietrich Lührs (Sprecher der LAG) und den Vertretern der beiden größten christlichen Schulstiftungen den Pressevertretern für deren Fragen zu den Auswirkungen der geplanten Finanzhilfekürzungen gegenüber den freien Schulen zur Verfügung.

Ein Fördermitglied des VDP Sachsen-Anhalt stellt sich vor:



Das Team von MAXX2IT begleitet Schulen und Schulträger gemeinsam auf dem Weg zur Digitalisierung. Beginnend vom Medienpädagogischen Konzept über die Beratung für passende IT-Aus-

stattungen für den Unterricht, der Fachplanung und Vergabebegleitung bis hin zur Implementierung in den Unterricht unterstützt MAXX2IT Schulen und Schulträger bei der Umsetzung von Förderprogrammen. Profitieren Sie von unseren Praxiserfahrungen mit öffentlichen Ausschreibungen sowie im sensiblen Umgang mit allen Beteiligten: Lehrkräfte aus Schulen, Sachbearbeiter und Entscheider beim Schulträger sowie Ansprechpartner beim Fördermittelgeber.

- 23.10.: Teilnahme von **Jürgen Banse** an einer Sitzung des Landtages zum geplanten Landeshaushalt 2025 und 2026 und zu dem hierzu gehörenden Haushaltsbegleitgesetz (Erste Lesung)

HINTERGRUNDINFORMATION:

Auf der genannten Landtagssitzung (s. stenografischer Bericht 8/74) äußerten sich die Vorsitzenden der drei Koalitionsfraktionen zur geplanten Kürzung der Ersatzschulfinanzierung u.a. wie folgt:

- **Guido Heuer (CDU)**: „Im Rahmen der weiteren Beratungen wird uns auch die Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft im Lichte aktueller Rechtsprechung beschäftigen. Sicherlich wird diesbezüglich ein mittlerer zweistelliger Millionenbetrag fällig werden.“
- **Dr. Katja Pähle (SPD)**: „Zahlreiche Gerichtsurteile haben dem Bildungsministerium bestätigt, welche Grundlagen für die Berechnung der Personalkosten heranzuziehen sind. Der Landtag hat darauf mit einer Übergangsregelung zur Eingruppierung der Lehrkräfte an den Schulen in freier Trägerschaft reagiert, die die geltende Rechtsgrundlage darstellt. Jetzt kommt ein Vorschlag für eine grundlegende Neuregelung, aber er arbeitet zum wiederholten Male mit Kostensätzen, die auf den ersten Blick nicht nachvollziehbar sind. Umso problematischer ist es, diese Regelung nicht über ein ordentliches Verfahren zur Änderung des Schulgesetzes mit der dafür vorgeschriebenen Kabinettsanhörung durchzuführen, sondern als Teil des Haushaltsbegleitgesetzes außerhalb der üblichen Beteiligungsverfahren einzubringen.“
- **Andreas Silbersack (FDP)**: „Die freien Schulen gehören zur Schullandschaft wie die Luft zum Atmen. Für uns sind die freien Schulen ein Kernelement der Schullandschaft insgesamt. Freie Schulen dürfen daher nicht schlechter gestellt werden als staatliche Schulen. Ein Rückgang der Schülerkostensätze bei Förderschulen um 26,4 % oder um 8.447,08 € ist eben nicht kompensierbar. Aber auch andere Schulformen in freier Trägerschaft haben einen Verlust von 5,9 % bzw. 16,3 % zu verkraften. Das werden wir als FDP nicht akzeptieren. Die freien Schulen spielen eine wichtige Rolle für Vielfalt und Qualität in der Bildung. Wer versucht, sie zur Sparbüchse des Haushalts zu machen, der handelt nicht nur kurzfristig, sondern gefährdet ihre Existenz.“

Ein Fördermitglied des VDP Sachsen-Anhalt stellt sich vor:



Gute Mitarbeiter und motivierte Schüler:innen fallen nicht vom Himmel. Sie werden gezielt gewonnen.

Viele Bildungseinrichtungen und Organisationen arbeiten noch mit veralteten Methoden: austauschbare Stellenanzeigen, unklare Abläufe und die Hoffnung auf eingehende Bewerbungen. Das Ergebnis sind lange Vakanzzeiten, steigende Kosten und operative Belastung.

Die Marktrealität ist eindeutig: Qualifizierte Fachkräfte und motivierte Schüler:innen entscheiden

schnell – für den Anbieter, der sichtbar, klar und überzeugend auftritt. Ohne Struktur wird Recruiting unplanbar und teuer.

Die **Niemann Consulting GmbH** stellt praxisbewährte Recruiting-Werkzeuge bereit, mit denen Entscheider eine funktionierende Bewerbergewinnung für Ihre Einrichtung aufbauen: klarer Prozess, motivierender Video-Job-Content, Bewerbungsseiten mit Abschlussfokus und eine strukturierte Sichtbarkeit.

Gezielte Personal- und Schülergewinnung ist das Ergebnis eines funktionierenden Recruiting-Prozesses. Erfolg im Recruiting bleibt dadurch kein Zufall.

- 24.10.: Durchführung der **Jahreshauptversammlung des VDP Sachsen-Anhalt** im Roncalli-Haus Magdeburg – Hier war natürlich das geplante Haushaltsbegleitgesetz ein besonders stark diskutiertes Thema, darüber hinaus konnten die Teilnehmenden jedoch auch mehrere Referenten zu weiteren interessanten Themen begrüßen:

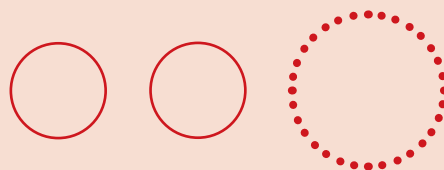
- **Kai Gondlach** (PROFORE Zukunftsinstitut): „Die Zukunft der Bildungsbranche“

- **Thomas Schödel** (Direktor des LISA): „Aufgaben des Landesinstituts für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt (LISA) und dessen Zusammenarbeit mit den Schulen in freier Trägerschaft“
- **Marco Püschel** (Referatsleiter im Landesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung): „Schwerpunkte der Arbeitsmarktpolitik des Landes Sachsen-Anhalt“



Thomas Schödel, Direktor des Landesinstituts für Schulqualität und Lehrerbildung, tauschte sich am Rande der VDP-Jahreshauptversammlung auch mit den VDP-Landesvorständen **Katrin Hochheiser** und **Mike Keune** aus.

- 29.10.: Durchführung einer virtuellen Informationsveranstaltung für die **Mitglieder des VDP Sachsen-Anhalt** zu den über das Haushaltsbegleitgesetz vorgesehenen Änderungen im Schulgesetz und deren Auswirkungen auf die freien allgemein- und berufsbildenden Schulen
- 30.10.: Gesprächsrunde zwischen Vertretern des VDP Sachsen-Anhalt und der LAG der christlich orientierten Schulen mit **Vertretern der CDU-Landtagsfraktion** zum Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes
- 30.10.: **Werner Fieckel** aus dem Bildungsministerium händigt **Jürgen Banse** nach dessen auf das Informationszugangsgesetz gestützten Antrag die vom Bildungsministerium für das Haushaltsjahr 2023 überarbeitete Matrix zu den künftig für die Finanzhilfeberechnung heranzuziehenden prozentualen staatlichen Schülerkosten aus



NOVEMBER 2024

- 06.11.: Teilnahme an weiterer Sitzung der **BMAS-Arbeitsgruppe** zur Lösung der Honorarkräfteproblematik (hier mit dem Schwerpunkt Arbeitsmarktdienstleistungen)
- 07.11.: Teilnahme an Sitzung des **Bildungsausschusses des Landtages** mit dem TOP „Haushaltsbegleitgesetz 2025/2026“
- 12.11.: Abgabe von zwei Petitionen des VDP Sachsen-Anhalt im **Landtag**:
 - a) Petition zu den aktuellen und künftig geplanten Rahmenbedingungen zur Finanzierung der allgemein- und berufsbildenden Ersatzschulen in Sachsen-Anhalt
 - b) Petition zu einer verfassungskonformen Neufassung der gesetzlichen Regelungen zur Finanzierung der Ersatzschulen in Sachsen-Anhalt

*VDP-Geschäftsführer **Jürgen Banse** gab beide Petitionen seines Verbandes gegen die geplanten neuen Finanzhilferegulungen persönlich im **Landtag von Sachsen-Anhalt** ab.*



- 12.11.: Durchführung des **ersten Elterninformationsabends** zu den geplanten Finanzhilfekürzungen zulasten der Schülerinnen und Schüler der freien Schulen und die möglicherweise hieraus erwachsenden Folgen für die sachsen-anhaltische Schullandschaft in der **Saaleschule Halle** – an diesem Informationsabend nahmen ca. 120 Eltern von Kindern teil, die an freien Schulen beschult werden; seitens der Landespolitik war hier **MdL Thomas Lippmann**, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke, vertreten



*Die Aula der **Saaleschule Halle** war zum Elterninformationsabend zu den geplanten Finanzhilfekürzungen gut gefüllt. Seitens des VDP und der LAG standen für die zahlreichen Elternfragen **Katrin Hochheiser**, **Jürgen Banse**, **Christian Werneburg** und **Sven Gora** zur Verfügung.*



- 13.11.: Gespräch mit **MdL Susann Sziborra-Seidlitz** (B'90/Die Grünen) über die vorgesehenen Finanzhilfekürzungen
- 13.11.: Information der Mitglieder des VDP Sachsen-Anhalt über das Antwortschreiben von **Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff** auf das VDP-Schreiben vom 30.09. zur geplanten Finanzhilfekürzung für Ersatzschulen; In dem Antwortschreiben heißt es u.a.:

„Die Sicherung guter Bildung, zu der auch der Beitrag der freien Schulen gehört, hat, wie Sie wissen, einen sehr hohen Stellenwert. Zwischen den erhobenen Ansprüchen und dem, was finanziell möglich ist, ist ein Ausgleich zwischen allen Beteiligten zu suchen. Die gesellschaftliche Mitte, zu denen auch die Mehrheit der Eltern Ihrer Schülerinnen und Schüler gehört, kann bei entsprechend verantwortungsvoller Ansprache durch Schule und Schulträger

auch ihren Teil zu einer stabilen, demokratischen Gesellschaft beitragen. Die zuständige Bildungsministerin Eva Feußner hat Ihnen wie auch mir versichert, dass zu allen im Gesetzentwurf gemachten Vorschlägen hinreichende Transparenz für die Betroffenen hergestellt wird.“

- 14.11.: Freischaltung Landingpage gegen die geplante Kürzung der Finanzhilfe unter www.bildungsgerechtigkeit-lsa.de
- 14.11.: Durchführung des **zweiten Elterninformationsabends** zu den im Raume stehenden Finanzhilfekürzungen im **Ökumenischen Domgymnasium Magdeburg** – Hierzu durften VDP und LAG sogar rund 230 Teilnehmende begrüßen, unter ihnen die **MdL Eva von Angern** (Fraktionsvorsitzende Die Linke) und **Sven Rosomkiewicz** (CDU)



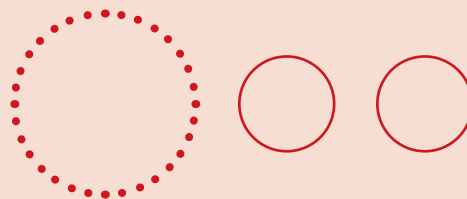
Das Elterninteresse an unserer Informationsveranstaltung zum Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes war in Magdeburg sogar noch größer als in Halle.

- 15.11.: Information der **Vorsitzenden der Landtagsfraktionen** und der **Mitglieder des Bildungs- und Finanzausschusses** über den Ablauf und die Erkenntnisse aus den beiden Elterninformationsabenden in Halle und Magdeburg sowie über die hierbei jeweils verwendete Präsentation, die sich auch mit zahlreichen wichtigen Aussagen des Bildungsministeriums zur Ersatzschulfinanzierung auseinandersetzte
- 19.11.: Versendung einer umfangreichen schriftlichen Stellungnahme des VDP Sachsen-Anhalt zum Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes an den **Bildungsausschuss des Landtages** inklusive eines alternativen Gesetzesentwurfes unter Heranziehung des bisherigen Finanzhilfeberechnungsmodells

- 20.-22.11.: Teilnahme zahlreicher Delegierter des VDP Sachsen-Anhalt am **VDP-Bundeskongress** in Berlin, der unter dem Motto „Neue Welten, Neue Wege: Bildungsvielfalt im Fokus“ stand – Auf dem Bundeskongress waren zahlreiche hochkarätige Vorträge zu erleben, u.a. von **Prof. Stephan Gerhard Huber**, **Dr. Arndt Pechstein**, **Bob Blume** oder **Aladin El Mafaalani**. Weiterhin fand hier die Wahl des neuen Bundesvorstandes statt, aus den Reihen des VDP Sachsen-Anhalt wurde **Steffen Kilian** (Oskar Kämmer Schule) zum VDP-Vizepräsidenten gewählt, außerdem **Katrin Hochheiser** (MBA Naumburg) zur Vorsitzenden der VDP-Fachgruppe „Berufsbildende Schulen“ sowie **Andy Zimmer** (BBA „Altmark“ Stendal) zum Kassenprüfer. Überrascht wurde VDP-Landesgeschäftsführer **Jürgen Banse** mit einer kleinen Feierstunde anlässlich seines 25jährigen „Betriebsjubiläums“ beim VDP Sachsen-Anhalt.
- 22.11.: Sitzung des **Bildungsausschusses des Landtages** mit einer mündlichen Anhörung von Vertretern des VDP Sachsen-Anhalt (**Mike Keune** und **Jürgen Banse**) sowie der LAG der christlich orientierten Schulen zum Entwurf von Artikel 5 des Haushaltsbegleitgesetzes, über den nicht nur die Finanzhilfe der Ersatzschulen, sondern z.B. auch der Einsatz von Lehrkräften an den freien Schulen neu geregelt werden sollte



Neben **Katrin Hochheiser** gratulierten auch ehemalige VDP-Landesvorsitzende wie **Manfred Zimmer** (links) und **Ingolf Fölsch** (rechts) Jürgen Banse zu dessen 25jährigen VDP-Jubiläum.
(Foto: Arndt Paykowski)



HINTERGRUNDINFORMATION:

Im Rahmen der Anhörung äußerte sich auch **Bildungsministerin Eva Feußner** einige Male in bemerkenswerter Weise. So antwortete sie auf die Einwendung des **Abgeordneten Olaf Meister** (Bündnis 90/Die Grünen), dass ja jede Schule unterhalten werden müsse und Investitionskosten zu tragen habe, die aber nicht beim neuen Finanzhilfemodell berücksichtigt werden sollen, weshalb sich die Frage stelle, wie denn die freien Schulen diese Investitionskosten stemmen sollen, folgendermaßen:

„Das müssen Sie die freien Schulen fragen.“
(s. 8/BIL/42, S. 47)

Etwas später führte die Ministerin noch Folgendes aus:

„Wir können sicherlich – darüber haben wir auch in der Arbeitsgruppe diskutiert – alle Vollkosten in die Berechnung einbeziehen, aber dann sind wir eben nicht bei einem Vomhundertsatz von 80 %, sondern wahrscheinlich bei 60 %.“ (s. 8/BIL/42, S. 49)

Damit stellte die Ministerin klar, dass ihr vollkommen bewusst ist, dass die freien Schulen für die öffentliche Hand sehr viel preiswerter sind als vergleichbare staatliche Schulen. Gegenüber der Presse und auch im Parlament hatte sie zuvor das Gegenteil behauptet.

- 27.11.: Teilnahme von Landesvorstand **Steffen Kilian** und Geschäftsführer **Jürgen Banse** an einer Fachkräftesicherungsveranstaltung in der **Regionaldirektion Sachsen-Anhalt/Thüringen** unter der Leitung von RD-Führungskraft **Frank Höhle**
- 28.11.: Schreiben an die **Vorsitzenden der Landtagsfraktionen** und die **Mitglieder des Bildungs- und Finanzausschusses** zur erfolgten Antwort der Landesregierung auf eine Parlamentarische Anfrage von **MdL Detlef Gürth** (CDU, Vorsitzender des Finanzausschusses) unter der Überschrift „Vollkosten der Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen in den Schuljahren 2022/23 sowie 2023/24 bzw. im Haushaltsjahr 2023“ (Drs. 8/4849) – Hierin wurden nicht nur die tatsäch-

lichen durchschnittlichen Vollkosten der Schülerinnen und Schüler an staatlichen Schulen im Haushaltsjahr 2023 erstmals ausgewiesen (s. angefügte Vergleichstabelle), sondern zugleich auch klargestellt, dass die ausgewiesenen staatlichen Schülerkosten zudem noch auf einer unterdurchschnittlichen Unterrichtsversorgung beruhen (z.B. nur 89 % bei den Sekundar- und Gemeinschaftsschulen) und bestimmte Kostenpositionen (z.B. die sog. Vorgriffsstunde) bei dieser Berechnung noch gar nicht berücksichtigt wurden. Ohne diese Parlamentarische Anfrage und weitere von **MdL Thomas Lippmann** (Die Linke) hätten die Abgeordneten keine Anhaltspunkte zu den tatsächlichen staatlichen Schülerkosten und damit auch nicht zur eigentlichen Förderquote der freien Schulen gehabt.

HINTERGRUNDINFORMATION:

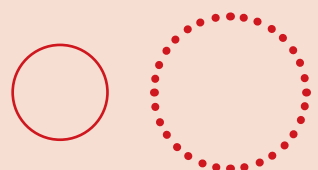
Vergleich der durchschnittlichen Schülerkosten staatlicher Schulen (s. Antwort der Landesregierung auf die Anfrage des Abgeordneten Detlef Gürth, Drs. 8/4849) und der im Entwurf zu Art. 5 des Haushaltsbegleitgesetzes vorgesehenen Finanzhilfesätze für freie Schulen im Haushaltsjahr 2023

Schulform	Schülerkosten an staatl. Schulen laut der vom MB überarbeiteten Matrix	vorgesehene Schülerkostensätze für freie Schulen	Differenz / prozent. Förderquote
Grundschule mit verlässlichen Öffnungszeiten	8.200 €	5.370,09 €	- 2.829,91 € / 65,5 %
Sekundarschule / Gemeinschaftsschule (5 - 10) / Waldorfschule (5 - 12)	8.936 €	5.719,41 €	- 3.216,59 € / 64,0 %
Gymnasium (5 - 10)	8.707 €	5.654,34 €	- 3.052,66 € / 64,9 %
Gymnasiale Oberstufe (Gymnasium, Gemeinschaftsschule, Gesamtschule)	13.735 €	9.135,75 €	- 4.599,25 € / 66,5 %
Förderschule Geistige Behinderung	32.559 €	22.355,33 €	- 10.203,67 € / 68,7 %
FS Sozialpädagogik (3J/integrativ)	8.109 €	4.986,72 €	- 3.122,28 € / 61,5 %
BFS Pflegehilfe (1J)	10.015 €	6.469,09 €	- 3.545,91 € / 64,6 %
Fachoberschule	7.062 €	4.295,19 €	- 2.766,81 € / 60,8 %

Anmerkung: Die Schülerkostensätze für die freien Schulen beruhen auf einer angenommenen Unterrichtsversorgung von 100 %, die durchschnittlichen Schülerkosten der staatlichen Schulen hingegen auf der tatsächlichen durchschnittlichen Unterrichtsversorgung im Jahr 2023 (lag z.B. an den Sekundarschulen / Gemeinschaftsschulen bei 89 %, s. Antwort Landesregierung auf die o.g. Anfrage, Frage 2). Außerdem sind bei den staatlichen Schulen nicht die zusätzlichen Kosten der sog. Vorgriffsstunde erfasst (s. Antwort der Landesregierung auf die o.g. Anfrage, Frage 4). Allein diese beiden unberücksichtigten Kostenkomponenten müssten eigentlich zu einer weiteren **Erhöhung der abgebildeten staatlichen Schülerkosten um mindestens 5 Prozent** (s. Antwort der Landesregierung auf die o.g. Anfrage, Fragen 3 + 4) führen.

DEZEMBER 2024

- 03.12.: Teilnahme an Sitzung der Spitzen der **Koalitionsparteien** im Landtag (mit **Katrin Hochheiser**, **Mike Keune** und **Jürgen Banse** für den VDP Sachsen-Anhalt) – Vorstellung einer möglichen Lösung des Konflikts um die Ausgestaltung der künftigen Ersatzschul-Finanzhilfe: Für die Festlegung der prozentualen Förderung der Schülerinnen und Schüler freier Schulen hätten nunmehr nach den Vorstellungen der Koalitionspartner die tatsächlichen Schülerkosten der vergleichbaren staatlichen Schulen herangezogen werden können und nicht die vom Bildungsministerium kreierten „vergleichbaren Kosten“. Mit diesem Vorschlag zeigten sich die Vertreter der freien Schulen einverstanden. Kurze Zeit später zogen die Koalitionsparteien diesen Vorschlag jedoch ohne nähere Begründung wieder zurück.
- 03.12.: Schreiben an **Silvina Vieweg** und **Werner Fieckel** (Abteilungsleiterin bzw. Referatsleiter im **Bildungsministerium**) zu den noch ausstehenden Veröffentlichungen der endgültigen bzw. vorläufigen Schülerkostensätze für die Schuljahre 2021/22 bis 2024/25 (eigentliche Fristen für die Veröffentlichung der Sätze sind bzw. waren in § 10 Abs. 5 SchifT-VO geregelt; zumindest zu den Schülerkostensätzen der Schuljahre 2021/22 und 2022/23 hatte das Bildungsministerium tatsächlich bereits am 12.07.24 Runderlasse erlassen, diese aber bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht veröffentlicht)
- 04.12.: Durchführung des Webinars „Rechtliche Ausgestaltung von Schulverträgen: Worauf Sie achten sollten und welche Klauseln Ihnen wann helfen“ mit **Rechtsanwalt Maik Wünsche** (Kanzlei Hauenschild, Schütt, Wünsche & Machts, Hamburg)
- 05.12.: Teilnahme an Sitzung des **Bildungsausschusses des Landtages** (gemeinsam mit **Mike Keune**): Hier war eigentlich die Verabschiedung einer Beschlussempfehlung des Ausschusses zum Haushaltsbegleitgesetz vorgesehen, auf Antrag der Koalitionfraktionen wurde dieser Punkt aber wieder von der Tagesordnung genommen.
- 09./10.12.: Am Rande der in Leipzig stattfindenden **VDP-Geschäftsführerkonferenz** führte Jürgen Banse zahlreiche Telefonate rund um das Thema Ersatzschul-Finanzhilfe, u.a. mit den **MdL Stefan Ruland** (finanzpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion) und **Jörg Bernstein** (bildungs- und finanzpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion), ebenso mit **Marco Langhof** (Arbeitgeberpräsident Sachsen-Anhalt)
- 12.12.: Durchführung des Webinars „Aktuelles zur Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen“ mit **Rechtsanwalt Dr. Daniel Soudry** (Soudry & Soudry Rechtsanwälte Berlin)
- 18.12.: Teilnahme an virtueller Bildungsträgerkonferenz der **Arbeitsagentur Sachsen-Anhalt Süd**
- 18.12.: Anfrage an die **Staatssekretäre Jürgen Böhm** (Bildungsministerium) und **Thomas Wünsch** (Ministerium für Wirtschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt), ob bzw. ab wann der eingerichtete Modellstudiengang des dualen Lehrkräftestudiums auch für potentielle Lehrkräfte geöffnet wird, die an freien Schulen arbeiten wollen
- 18.12.: Schreiben an die **Vorsitzenden der Landtagsfraktionen** sowie die **Mitglieder der Landtagsausschüsse für Finanzen und Bildung** unter der Überschrift „Zeitungsartikel aus den Regionen zu Auswirkungen der geplanten Finanzhilfekürzungen für freie Schulen; Große Unterstützung unserer Petition“ – Bis zu diesem Zeitpunkt hatten bereits mehr als 20.000 Personen die eingereichten Petitionen des VDP Sachsen-Anhalt durch ihre Unterschrift unterstützt
- 19.12.: Videokonferenz von **Jürgen Banse** mit den **MdL Cornelia Lüddemann**, **Olaf Meister** und **Susann Sziborra-Seidlitz** mit Erläuterung der Finanzhilfeproblematik und einer Diskussion hierzu: Das Gespräch wurde aufgezeichnet und bei YouTube veröffentlicht:



- 19.12.: Weitere Gesprächsrunde im Landtag zur Ausgestaltung des neuen Finanzhilfemodells mit **Bildungsministerin Eva Feußner, Mitgliedern der Koalitionsfraktionen** sowie Vertretern des VDP Sachsen-Anhalt (Katrin Hochheiser, Mike Keune und Jürgen Banse) sowie der LAG der christlich orientierten Schulen

Zwischen September 2024 und Februar 2025 waren Vertreterinnen und Vertreter des VDP Sachsen-Anhalt besonders häufig im Landtag zu Gast, um gemeinsam mit den Landtagsfraktionen noch einen Ausweg aus den drohenden existenzgefährdenden Finanzhilfekürzungen zu finden.



- 20.12.: Schreiben von **Kristin Langhoff-Rossol** an **Marc Melzer** (Vorstand der Investitionsbank Sachsen-Anhalt) zum Umgang mit dem Abrechnungsverfahren der Pflegeschulen bei verspätet eingereichten Anträgen auf Gewährung der ausverhandelten Budgets für die Pflegeschulen
- 22.12.: Schreiben an die Mitglieder des VDP Sachsen-Anhalt zum schrecklichen Anschlag auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt – Angebot von Unterstützung bei Betroffenheit von Schülerinnen und Schülern sowie von Mitarbeitern der VDP-Mitgliedseinrichtungen

Ein Fördermitglied des VDP Sachsen-Anhalt stellt sich vor:

SWOP. Die Software.

Das Team SWOP ist 2010 angetreten, um zu beweisen, dass Schule zeitgemäß funktionieren kann – und dass Digitalisierung mehr ist als nur ein Buzzword.

Denn **moderne Schule braucht moderne Werkzeuge**. Wenn Schulen in veralteten Systemen ertrinken, leidet die Bildung unserer Kinder. Menschen lernen von Menschen – aber dafür brauchen Lehrkräfte Zeit und kreativen Freiraum. Den schaffen wir wieder.

Wie? **SWOP revolutioniert den Schulalltag**. Wir identifizieren gemeinsam mit unseren Schulen

zeitfressende, veraltete, redundante Prozesse und lösen diese durch eine **effiziente, digitale Struktur** in SWOP ab.

SWOP ist der **All-in-One-Workspace** – nicht noch eine, sondern Die Plattform, die Schulleitung, Lehrkräfte, Eltern und Schüler*innen nutzen. Statt verstreuter Systeme: ein Ort für alles. Statt Verwaltungschaos: Überblick und sichere Kommunikation.

Das Ergebnis? Bis zu 85% weniger Papierkram, 60 Arbeitsstunden pro Woche gespart, bis zu 8% geringere Abbrecherquote und 15% weniger unentschuldigte Fehlzeiten* – und mehr Zeit für das, wofür wir und unsere Schulen das alles machen: unsere Kinder.

SWOP macht Schulalltag effizienter, nachhaltiger und wieder menschlich.

DER STREIT UM DIE ERSATZSCHULFINANZIERUNG IM SPIEGEL DER PRESSE:



Es lässt sich von außen kaum beurteilen, welche Seite im Streit um die Höhe der staatlichen Zuschüsse für Sachsen-Anhalts Privatschulen am Ende Recht hat. Was sich aber sagen lässt, ist, dass Bildungsministerin Eva Feußner

„Volksstimme“: 23.10.2024

Freie Schulen bedroht durch Kürzungen

Verbände informieren Elternvertreter.

VON DAVID FUHRMANN

HALLE/MZ. Es herrschte ein Großandrang am Dienstagabend in der halleischen Saaleschule. Die Aula der privaten Bildungseinrichtung war bis auf den letzten Platz besetzt – mit Elternvertretern aus ganz Sach-

„Mitteldeutsche Zeitung“: 13.11.2024



Auskömmlich, rechtssicher, transparent und nachvollziehbar wollten die Koalitionäre die Finanzierung der freien Schulen gestalten. Die Partner zogen damit auch eine Schlussfolgerung aus

„Volksstimme“: 06.12.2024

Privatschulen fürchten das Aus

Kürzungspläne der Landesregierung sorgen bei freien Trägern für außergewöhnlichen Protest, sie drohen mit einer Verfassungsbeschwerde. Bildungsministerin Feußner verteidigt ihre Pläne.

VON HAGEN EICHLER

MAGDEBURG/MZ. Sachsen-Anhalts freie Schulen fürchten „existenzbedrohende Folgen“, sollte der

In Sachsen-Anhalt lernt jeder zehnte Schüler an einer Schule in freier Trägerschaft. Die Landeszuschüsse sind bereits seit langem strittig. 2022 hatte das Oberver-

halte Feußner einseitig ein Modell entwickelt und den regulären Weg der Gesetzgebung vernachlässigt. Tatsächlich sparte die Regierung die Privatschulfinanzierung

len. Ministeriumssprecher Elmer Emig sagte, der Gesetzgeber habe „einen Gestaltungsspielraum“ bei der Förderung von freien Schulen, den man nutze. Den Vorwurf, das

„Mitteldeutsche Zeitung“: 19.10.2024

So wird Wettbewerb unfair

Die Kürzungen bei privaten Schulen beeinträchtigen die Wahlfreiheit der Eltern.

Sachsen-Anhalt verspricht die Freiheit der Schulwahl. Eltern sollen entscheiden können: Ist die Schule in kommunaler Trägerschaft mit staatlichem Lehrpersonal das Beste für das eigene Kind? Oder bietet die von einem Elternverein oder christlichen Träger aufgebaute Alternative eine bessere Förderung? Der Wettbewerb zwischen verschiedenen Konzepten ist vom Schulgesetz gewollt. Das, was die Landesregierung jetzt plant, verstößt gegen diesen Grundsatz. Wettbewerb muss fair sein. Wenn das Land seine Ausgaben einseitig verschiebt, kann davon keine Rede mehr sein.



„Eine Verschiebung von Personal wäre ein Scheinsieg“

Geld bedeutet, dass sie im Wettbewerb um das knappe Gut Lehrpersonal massiv benachteiligt werden. Viele Lehrer an Privatschulen schätzen an ihrem Arbeitgeber, dass er weniger bürokratisch agiert und die Motivation aller Beteiligten höher ist. Ziehen jetzt aber die öffentlichen Schulen bei den Gehältern davon, dürfte so mancher über einen Wechsel nachdenken.

Zwar könnte Bildungsministerin Eva Feußner (CDU) auf diesem Weg die katastrophale Unterrichtsversorgung an öffentlichen Schulen etwas aufbessern. Doch das wäre ein Scheinsieg. Wenn

öffentlichen System. Die Kommunen als Schulträger und die Bildungsministerin würde das vor gewaltige Probleme stellen.

Was bei all dem zusätzlich verstört, ist der Umgang der Ministerin mit Landtag und Schulträgern. Letztere fühlen sich ausgeschlossen und überrumpelt. Tatsächlich hätte Feußner das von ihr ersonnene Modell genau wie den Rest ihres Schulgesetzes bereits im Sommer öffentlich zur Diskussion stellen können. Stattdessen müssen die Abgeordneten nun parallel zum Haushalt und unter gewaltigem Zeitdruck beraten. Das ist schlechter Stil. **Seite 1**

„Volksstimme“: 19.10.2024

Kirche wirft Feußner Rechtsbruch vor

Begeht Ministerin „arglistige Täuschung“ bei der Finanzierung der Privatschulen?

VON HAGEN EICHLER

MAGDEBURG/MZ. Die geplanten Zuschusskürzungen für freie Schulen führen zu ungewöhnlich harschen Vorwürfen der christlichen

Privatschulen (VDP) und die Kirchen weisen das empört zurück. „Das entspricht den Tatsachen in keiner Weise“, sagte VDP-Vorsitzende Katrin Hochhäuser.

Feußner habe ein Gutachten zu Schülerkosten, auf das sie sich beziehe, bis heute nicht offengelegt. Dietrich Lührs vom Verband christlich orientierter Schulen sagte, die Ministerin habe die freien Träger „in einer Nacht- und Nebel-Aktion“ sowie am Parlament vorbei „über den Tisch gezogen“.



empört sich Steinhäuser. Ein Sprecher des Bildungsministeriums sagte auf Nachfrage, man werde zu diesem Vorwurf vorerst nicht Stellung beziehen. Er verwies auf ein anstehendes Gespräch zwischen Landesregierung und Kirchen.

Streit um Gutachten Steinhäuser rügte zudem, ohne Veröffentlichung der Berechnungsgrundlage könne sich auch der Landtag keine fundierte Meinung bilden. „Ich sehe darin eine

„Mitteldeutsche Zeitung“: 23.10.2024

SALZWEDEL

„Das verschlägt einem die Sprache“

Freie Schulen kämpfen gegen geplante finanzielle Kürzungen durch das Land Sachsen-Anhalt

Salzweidel – Das Land Sachsen-

Anhalt will den freien Schulen das Geld kürzen. Zumindest sieht das der am Mittwoch im Parlament eingebrachte Haushaltsplanentwurf der Landesregierung vor. Wenn die geplante Gesetzesänderung dazu zu einer Umverteilung führe, „geht es um das nackte Überleben“, heißt es in einem Schreiben der freien Schulen in Sachsen-Anhalt. Dietrich Lührs erklärt (AZ bezieht sich auf die AZ) bei freien Schulen nachgefragt, was sie von den Kürzungsplänen halten. Genau Weine für die einzelnen Schulträger seien



seit Jahren gut, nur 85 Prozent der üblichen Tariflöhne gezahlt. Vor acht Jahren sei vom damaligen Vorstand des Trägervereins signalisiert worden, dass Löhne nicht mehr weiter zu erhöhen seien. Die Finanzierung über die Landesregierung sei aber nie eine Auslöschung auf wenigstens 90 Prozent des Tariflohnes bisher nicht hergebe. Eine Absenkung des Lohns würde auf unter 80 Prozent sei definitiv keine Option für den Schulträger. **■ Schulgeld-Erhöhung keine Option**

„Altmark Zeitung“: 26.10.2024

Bangen um die Existenz

Die freien Schulen in Sachsen-Anhalt fürchten wegen eines geplanten Gesetzes drastische Kürzungen, sie sehen ihre Zukunft in Gefahr – und kritisieren das Bildungsministerium scharf.

VON DAVID FUHRMANN

MAGDEBURG. Selbst Thomas Lippmann (Linke), der einzige Landtagsabgeordnete in der Aula, gab es unumwunden zu: „Niemand von den Abgeordneten ist in der Lage, substantiell zu hinterfragen, was das für Zahlen sind.“ Die Zahlen, die Lippmann am Dienstagabend in der Saaleschule bei einer Versammlung der Eltern- und Schülerversorger ihrer Schulen um den gemeinsamen Bundesauftrag meinte, stammten aus einem Gesetzesentwurf von Sachsen-Anhalts CDU-geführten Bildungsministerium. Es sind die entstehenden Kosten eines Schülers einer staatlichen Schule. Und an eben diesen orientieren sich im geplanten Haushaltsplan die freien Schulen.



Zahlreiche Eltern- und Schülerversorger waren in der Saaleschule zusammengekommen, um über die Zukunft der freien Schulen zu beraten.

Die Kürzungen. Viele Träger fürchten gar um ihre Existenz. Die Fragen, die über dem Abend schwebten, lauten: Was werden die Auswirkungen sein, wenn das Gesetz auf die freien Schulen in Sachsen-Anhalt trifft? Und: Was kann getan werden, um das Gesetz zu verhindern? Viel Zeit, um auf den vom Bildungsministerium eingebrachten Entwurf zu reagieren, bleibt jedenfalls nicht mehr, das wurde den Anwesenden in der Saaleschule schnell klar. Erst am 15. Oktober ist der Entwurf veröffentlicht worden. Am 22. Oktober hatte der Landtag das erste Mal dazu getagt. Mitte Februar soll dann schon über ihn entschieden werden. Rainer Bause forderte deshalb eine Hastenbesetzung des Topikums.

„Mitteldeutsche Zeitung“: 14.11.2024

Privatschulen müssen weiter bangen

Sachsen-Anhalts Koalition streitet über Kürzungen. Die Kirche rügt „Machtsspielen“.

VON HAGEN EICHLER

MAGDEBURG/MZ. Die von Landesbildungsministerin Eva Feußner (CDU) geplanten Zuschusskürzungen für freie Schulen sorgen in den Reihen der Koalitionsfraktionen anhaltend für Streit. Am Donnerstagabend im Landtag...

Sachsen-Anhalts Privatschulen ab August rechnen können. Das von Feußner entworfene neue Modell sieht vor, dass die Ausgaben des Landes für öffentliche Schulen um zehn Prozent steigen, die Zuschüsse für Privatschulen jedoch um elf Prozent sinken, für einzelne Schulformen sogar um ein Viertel. Private Schulträger warnten am Donnerstag erneut davor, diese Pläne umzusetzen. „Wird der vorliegende Entwurf wirksam, führt ein ganz wichtiger Stabilitätsfaktor der gesellschaftlichen Mitte gegen die Koalition verloren.“



Eva Feußner (CDU) FOTO: MAGDORE

werde nicht für die Regierungsvorlage stimmen. Die Absetzung der Entscheidung im Ausschuss war die Folge.

Der Verband Deutscher Privatschulen (VdP) sagte, alle drei Fraktionen hätten zuvor eine konkrete Verbesserung in Aussicht gestellt. „Leider wurde diese Zusage – offenbar auf Betreiben vor allem der Bildungsministerin – heute nicht eingehalten“, kritisierte VdP-Geschäftsführer Jürgen Bause.

Koalition unter Zeitdruck

Nun soll der Bildungsausschuss...

„Mitteldeutsche Zeitung“: 06.12.2024

Privatschulen fürchten das Aus

Angesichts drastischer Kürzungspläne bei den Zuschüssen für die freien Schulen warnt der Dachverband vor einem Existenzsterben. Ein Kompromiss ist vorerst gescheitert.

VON ALEXANDER WALTER

MAGDEBURG. Nach dem Scheitern eines Kompromissvorstoßes aus der Koalition zur künftigen Finanzierung der freien Schulen in Sachsen-Anhalt warnt der Privatschulverband (VdP) vor einem Existenzsterben. Wenn die Finanzie-

an staatlichen Schulen. Laut Verfassung stehen den Privatschulen indes, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Zuschüsse zu.

Die freien Träger hatten angesichts der Pläne bereits im Oktober angekündigt, notfalls vom Landesverfassungsgericht zu ziehen. Es wäre nicht die erste Klage: Schon

die freien Schulen beantragt wurden. 26 Millionen Euro müsste das Land daraufhin nachzahlen. Im Koalitionsvertrag hatten CDU, SPD und FDP vereinbart, die Finanzierung der Privatschulen „auskömmlich, rechenschafts-, transparent und nachvollziehbar“ neu aufzustellen. Der übliche Weg wäre eine direkte

Februar der Haushaltsbeschluss folgt. Die bisherige Finanzierung für die freien Schulen läuft Ende Juli aus. Das Bildungsressort teilte zum Thema gestern nur mit: „Der parlamentarische Prozess ist im Gange, den Entscheidungen der Koalition wird das Ministerium nicht vorgehen.“ Auf die Frage, ob

„Volksstimme“: 06.12.2024

KOMMENTAR

Ministerin Feußner verspielt Vertrauen

HAGEN EICHLER sieht bei der Schulfinanzierung einen Kardinalfehler.



Der erbitterte Streit um die Finanzierung der freien Schulen in Sachsen-Anhalt reißt alle Beteiligten immer stärker auf. Bitter ist es vor allem für die betroffenen Schulen, die dort lernenden Schüler, die Leh-

antrag. Das ist eine Demütigung. Die Verantwortung dafür trägt allerdings Feußner allein. Sie hätte die Chance gehabt, ihr neues Zuschussmodell frühzeitig öffentlich vorzustellen. Die Schulträger und die Landtagsabgeordneten

„Volksstimme“: 06.12.2024



Clara (links) wird von Mitschülern umgeben. Dass die Bildung im Schuljahr nicht so für ihre Freunde nicht besonders stark.

Bange Blicke nach Magdeburg

Das Land will den Zuschuss für Schulen in freier Trägerschaft kürzen. Langfristig bedeutet dies das Aus für das Gymnasium Mülcheln. Die Eltern einer Schülerin mit Handicap wehren sich.

VON DIANA DÖNCHSEL

MISCHELN/MZ. Clara geht in der sechsten Klasse des Freien Gymnasiums Mülcheln in Mülcheln. Sie ist die einzige Schülerin mit Handicap der Schule und aufgrund einer angeborenen Muskeldystrophie einen Mobilitätsstuhl, auf dem Rollstuhl und die Hilfe einer Schulbegleiterin angewiesen.

Entscheidend ist Clara voll integriert und bei ihren Mitschülern populär und akzeptiert. Bringt sie nur einen kleinen Nachteil mit sich: Sie ist nicht so schnell wie ihre Mitschüler.

KOMMENTAR

Gewinn für Stadt und ganze Region

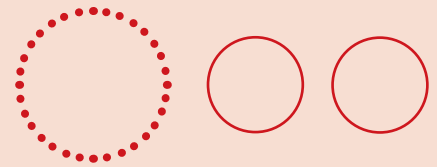
DIANA DÖNCHSEL legt das Gymnasium Mülcheln dar.



gibt es. Freizeitsport, Schach und Tischtennis sind beliebte Hobbys. Zu den Schülern auf einzelne Schulen können es auch nicht sagen. Stattdessen: Etwas, das die Produktion des Bildungsplans Mülcheln enthält. In der Mitte der MZ steht ein Foto, das die Schülerin Clara auf dem Rollstuhl zeigt. Die Schülerin ist im Rollstuhl und hat eine Handicap-Schilderung auf dem Rücken.

Der Erhalt des Gymnasiums Mülcheln ist durch Zuschusskürzungen des Landes in Gefahr. Eltern in der Region Mülcheln wehren sich.

„Mitteldeutsche Zeitung“: 20.01.2025



40.000 stärken Privatschulen den Rücken

Petition erhält viele Unterschriften.

VON ALEXANDER WALTER

MAGDEBURG. Mehr als 41.000 Personen haben nach Angaben des Landes-Privatschulverbands (VdP) eine im Petitionsausschuss des Landtags eingebrachte Eingabe zur Finanzierung der freien Schulen in Sachsen-Anhalt unterzeichnet.

„Volksstimme“: 15.01.2025

Freie Schulen unter Druck

Das Land will die Zuschüsse kürzen, weil es sparen muss. Mit einer Petition wollen sich die Träger dagegen wehren. Viele Eltern unterstützen das Anliegen mit ihrer Unterschrift.

VON SYLKE HERMANN

KÖTHEN/MZ. Es werden jeden Tag mehr. Mehr Unterschriften gegen eine, wie die Träger von freien Schulen sagen, „drastische Kürzung der Zuschüsse“. Von circa 15 Prozent ist die Rede. Das Land muss sparen. Und es spart bei den staatlichen Schulen. Eine Herabsetzungsmaßnahme, die man an der Freien Schule Anhalt nicht nachvollziehen kann. Es sei juristisch, sagt Ferenc Makk, bei den Ausgaben für Bildung zu kürzen.

Fehlende Gleichbehandlung



Andererseits könnte das auch bedeuten, dass sich die Landesschulen perspektivisch ihre Grundschulen nicht mehr leisten kann, macht Anja Albrecht deutlich. Die Hände in den Schoß zu legen und abzuwarten, was passiert, sei keine Lösung. Deshalb unterstützen man die Petition. Auch über den Förderverein. Der mobilisiert in den vergangenen Wochen alle Kräfte, um Unterschriften zu sammeln. Zum Beispiel morgens zu Unterrichtsbeginn, wie die Vorsitzende Katrin Dierker berichtet. An der Freien Schule Anhalt ist es vielen Eltern ebenfalls ein Anliegen, die Petition zu unterstützen.

„Mitteldeutsche Zeitung“: 07.12.2024

JANUAR 2025

- **07.01.:** Versendung Stellungnahme des VDP Sachsen-Anhalt zum Entwurf des 18. Schulgesetzänderungsgesetzes an die **Mitglieder des Bildungsausschusses**; Kritisch äußerte sich der VDP Sachsen-Anhalt u.a. zu folgenden Punkten des Gesetzesentwurfes:
 - Erweiterung der Aufgaben der staatlichen berufsbildenden Schulen hin zu Regionalen Kompetenzzentren (kann zu Wettbewerbsverzerrungen bezüglich der Angebote von Arbeitsmarktdienstleistern führen)
 - verpflichtende Nutzung des Bildungsmanagementsystems Sachsen-Anhalt (BMS-LSA) durch alle Schulen und deren Träger, obwohl das System für die meisten Schulformen noch gar nicht entwickelt ist und im Bereich der Grundschulen noch viele Unzulänglichkeiten aufweist
 - geplante Abschaffung der Gemeinschaftsschulen, die ihre Schülerinnen und Schüler bereits in 12 Jahren zum Abitur führen
 - fehlende Finanzierung für staatlich anerkannte, international ausgerichtete Ergänzungsschulen
- **07.01.:** Erneutes Schreiben an **Werner Fieckel** (Bildungsministerium) zu den weiterhin nicht erfolgten Veröffentlichungen der Schülerkostensätze 2021/22 bis 2024/25 sowie zu noch ausstehenden Antworten auf Nachfragen von Mitte Juli 2024 zum Entwurf der vorläufigen Schülerkostensätze für das Schuljahr 2024/25
- **09.01.:** Abgabe einer mündlichen Stellungnahme vor den **Mitgliedern des Bildungsausschusses des Landtages** zum Entwurf des 18. Schulgesetzänderungsgesetzes
- **09.01.:** Teilnahme am Neujahrsempfang der **IHK Magdeburg**, dort u.a. Gespräch mit **Wissenschaftsminister Prof. Armin Willingmann** über eine mögliche Beteiligung auch der freien Schulen an dualem Lehrkräftestudium

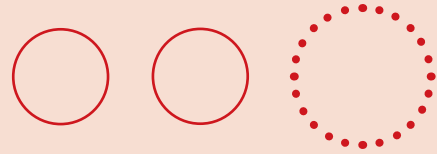
*Ministerpräsident
Dr. Reiner Haseloff gab
auf dem Neujahrsempfang
der IHK Magdeburg
wieder einen Ausblick
auf die politischen
Ziele der Landesregierung
im Jahr 2025.*



**Im Salzlandkreis
befanden sich 2024/25
innerhalb von Sachsen-
Anhalt die meisten
allgemeinbildenden
Ersatzschulen (20).**



- 10.01.: Versendung einer **Pressemitteilung des VDP Sachsen-Anhalt** unter der Überschrift „Mehr als 40.000 Personen unterstützten Petition des VDP Sachsen-Anhalt zu einer verfassungskonformen Finanzierung der freien Schulen“ – Durch diese zahlenmäßig so große Unterstützung der VDP-Petition vor allem durch Eltern, deren Kinder freie Schulen besuchen, konnte die hohe Bedeutung des Themas „Finanzierung von Ersatzschulen in Sachsen-Anhalt“ nochmals deutlich gemacht werden.



*Nicht nur über 40.000 Unterstützerinnen und Unterstützer der Petition des VDP Sachsen-Anhalt gegen die geplanten Finanzhilfekürzungen und für eine verfassungskonforme Finanzierung der freien Schulen zeigten, wie sehr dieses Thema die Bürgerinnen und Bürger unseres Bundeslandes bewegt, sondern auch die enorm hohe Nachfrage nach den Elterninformationsabenden des **VDP Sachsen-Anhalt** und der **LAG der christlich orientierten Schulen** (hier am 14.11.24 im **Ökumenischen Domgymnasium Magdeburg**).*

- 12.01.: Austausch mit **MdL Detlef Gürth** (CDU, Vorsitzender des Finanzausschusses) über konkrete Möglichkeiten der Abmilderung der vorgesehenen Finanzhilfekürzungen



○ 14.01.: Bildungsministerin Eva Feußner und MdL Sven Rosomkiewicz (CDU) besuchen die zur Klusstiftung in Schneidlingen gehörende Katharinenschule. Hierbei handelt es sich um eine Förderschule mit dem Schwerpunkt „geistige Entwicklung“ in freier Trägerschaft. Bei derartigen Förderschulen standen zu diesem Zeitpunkt noch Finanzhilfekürzungen in Höhe von rund 8.000 € je Schüler im Raum. Die freien Förderschulen können im Regelfall kein Schulgeld von ihren Schülerinnen und Schülern erheben, weshalb eine Kompensation über eine Schulgelderhöhung hier ohnehin nicht möglich ist. Die Ministerin nahm sich Zeit für die Diskussion mit den Vertretern der Klusstiftung, u.a. mit Superintendent Matthias Prozele (zugleich Vorsitzender der Klusstiftung) und Geschäftsführer Hendrik Fries sowie mit Jürgen Banse vom VDP Sachsen-Anhalt.

○ 15.01.: Erneute Teilnahme von Katrin Hochheiser, Mike Keune und Jürgen Banse an Treffen mit Vertretern der Koalitionsparteien unter der Leitung von MdL Stefan Ruland (finanzpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion) und Beteiligung von Bildungsministerin Eva Feußner – In der Diskussion ging es vor allem um die Frage, an welchen Stellen des Entwurfes von Artikel 5 des Haushaltsbegleitgesetzes noch Nachschärfungen vorgenommen werden können, um die vorgesehenen Finanzhilfekürzungen für die freien Schulen abzumildern.



Bildungsministerin Eva Feußner (dritte von links) und MdL Sven Rosomkiewicz (ganz links) im Gespräch mit Kolleginnen und Kollegen der Katharinenschule.

- **16.01.:** Teilnahme an Sitzung des **Petitionsausschusses des Landtages**: **Jürgen Banse** begründete mündlich noch einmal die vom VDP Sachsen-Anhalt im November 2024 eingebrachten Petitionen (die zwischenzeitlich vom Ausschuss zu einer Petition zusammengefasst wurden) zur Finanzhilfe für die freien Schulen und erläuterte die kurz- und mittelfristigen Forderungen des Verbandes

HINTERGRUNDINFORMATION:

Am Ende der Sitzung des Petitionsausschusses fasste **MdL Angela Gorr** (CDU), die stellvertretende Ausschussvorsitzende, das weitere Vorgehen des Ausschusses wie folgt zusammen:

*„Erstens solle der Petitionsausschuss den Ausschuss für Bildung darüber informieren, dass anhand der **mehr als 40.000 Unterschriften der Bürgerinnen und Bürger** deutlich werde, dass ein erhebliches öffentliches Interesse an den Inhalten der Begehren stünde. Der Ausschuss für Bildung solle deshalb um eine Stellungnahme zu den Petitionen, die dem Petenten als Zwischenbescheid übermittelt werden solle, gebeten werden. Zweitens müsse der Petitionsausschuss darauf hinwirken, dass eine gesetzliche Regelung, mit der die Finanzierung der freien Schulen dauerhaft und auskömmlich gesichert werden könne, geschaffen werde.“ (Quelle: Niederschrift 8/PET/52)*

- **17.01.:** Teilnahme an einer weiteren Sondersitzung des **Bildungsausschusses des Landtages** (gemeinsam mit den Vorstandsmitgliedern **Christward Buchholz** und **Mike Keune**), auf der ursprünglich eine Beschlussempfehlung des fachlich zuständigen Ausschusses zu den vorgesehenen schulgesetzlichen Änderungen (über das Haushaltsbegleitgesetz) verabschiedet werden sollte – Dieser Tagesordnungspunkt wurde jedoch aufgrund eines Mehrheitsbeschlusses von der Tagesordnung genommen mit Verweis darauf, dass dieser nunmehr im **Finanzausschuss des Landtages** weiterberaten werde. Somit hat der fachlich zuständige Bildungsausschuss selbst keine eigene Beschlussempfehlung zu Artikel 5 des Haushaltsbegleitgesetzes abgegeben.

- **20.01.:** Telefonat mit **MdL Thomas Lippmann** (bildungspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke) zu vorgesehenen Änderungsanträgen seiner Fraktion zu Artikel 5 des Haushaltsbegleitgesetzes 2025/2026

- **23.01.:** Fertigstellung und Versendung von „Wahlprüfbausteinen“ des **VDP Sachsen-Anhalt** zur **Bundestagswahl** an insgesamt sieben zur Wahl stehenden Parteien (über deren sachsen-anhaltischen Landesverband) zu bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Themenkomplexen

- **23.01.:** Information der Mitglieder über die schriftliche Antwort von **Bildungs-Staatssekretär Jürgen Böhm** zur angefragten Beteiligung potentieller Lehrkräfte freier Schulen am Modellprojekt der dualen Lehrerausbildung – Hierin heißt es u.a.

„Ich bin zuversichtlich, dass ein tragfähiger Kooperationsvertrag zwischen allen Beteiligten geschlossen wird, der den Schulen in freier Trägerschaft die Teilhabe an diesem innovativen Ausbildungsmodell eröffnen wird.“

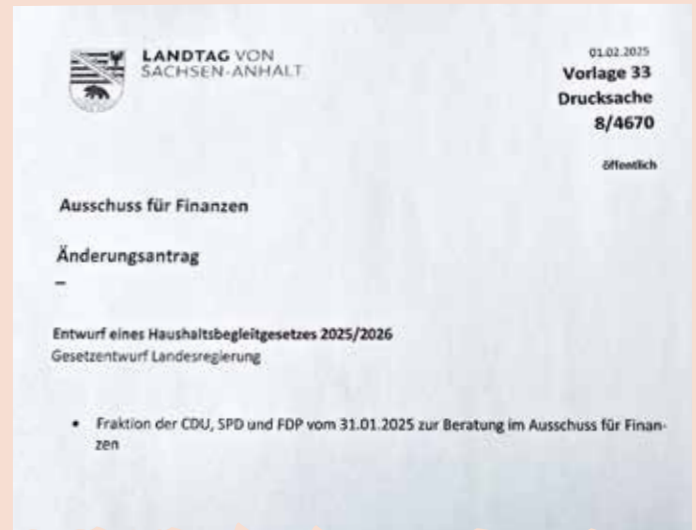
- **24.01.:** Durchführung einer Videokonferenz des VDP Sachsen-Anhalt unter der Leitung von Vorstandsmitglied **Steffen Kilian**: Austausch mit Mitgliedern, die über das **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)** finanzierte Sprachkurse durchführen zur aktuell eingeschränkten Umsetzung von Integrations- und vor allem von Berufssprachkursen in den einzelnen Regionen Sachsen-Anhalts

- **27.01.:** Teilnahme an Videokonferenz zur Vorbereitung der Verhandlungen zum Budget der Pflegeschulen in den Jahren 2026 und 2027 (u.a. mit **Katrin Hochheiser**, **Kristin Langhoff-Rossol** und **Jürgen Banse**)

- **31.01.:** Schreiben an **Dr. Kristin Körner** (Abteilungsleiterin im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung) über das erfolgte gravierende Zurückfahren von Berufssprachkursen durch das **BAMF** und weitere Probleme im Sprachkursbereich

FEBRUAR 2025

- 03.02.: Teilnahme an Sitzung des **Finanzausschusses des Landtages** mit Verabschiedung von Beschlussempfehlungen u.a. zum Haushaltsbegleitgesetz 2025/2026 – hierzu wurden u.a. kurzfristig von der Koalition eingebrachte Änderungen zu Artikel 5 des Haushaltsbegleitgesetzes (s. Vorlage 33 zur Drs. 8/4670 vom 01.02.25) ohne weitere vertiefende Diskussionen beschlossen – betraf z.B. die komplette **Neufassung des § 18g SchulG-LSA**: Bis dahin war hierin die Verpflichtung der Landesregierung zur regelmäßigen Erstellung eines Schülerkostenvergleichsberichts geregelt. Der neue § 18g sieht hingegen ein Verfahren zum Nachweis der Verwendung der Finanzhilfe inkl. der erstmalig für alle finanzhilfeberechtigten freien Schulträger (unabhängig von ihrer Größe) verpflichtenden Vorgabe vor, der Schulaufsicht künftig jährlich einen von einem unabhängigen **Wirtschaftsprüfer** geprüften Jahresabschluss vorlegen zu müssen.
- 04.02.: Schreiben des VDP Sachsen-Anhalt an **ausgewählte Vertreterinnen und Vertreter der Landtagsfraktionen von CDU, SPD und FDP** unter der Überschrift „Dringender Änderungsbedarf bzgl. des künftig neu vorgesehenen § 18g SchulG“ – Hinweis auf erhebliche (nicht refinanzierte) Mehrausgaben der freien Schulen durch die plötzlich vorgesehene Verpflichtung, jährlich einen Wirtschaftsprüfer beauftragen zu müssen, damit dieser den regelmäßig von einem Steuerberater erstellten Jahresabschluss des Schulträgers nochmals überprüft
- 05.02.: Schreiben an die **Staatssekretäre Jürgen Böhm (Bildung) und Thomas Wunsch (u.a. für Wissenschaft)** zum geplanten dualen Lehrkräftestudium in Sachsen-Anhalt – Übersendung einer Liste mit 16 freien Schulträgern, die ihr Interesse an einer Beteiligung beim Ausbau des dualen Lehrkräftestudium bekundet hatten
- 05.02.: Teilnahme am Neujahrsempfang der **Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen** im Landtag Sachsen-Anhalt



Auf dem Neujahrsempfang der **Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen** sprach auch **Steffi Lemke**, zu diesem Zeitpunkt noch Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.

- **06.02.:** Teilnahme an Sitzung des **Bildungsausschusses des Landtages** – Befassung mit dem Entwurf des 18. Schulgesetzänderungsgesetzes sowie mit den vom VDP Sachsen-Anhalt eingebrachten Petitionen zur vorgesehenen Neuregelung der Ersatzschulfinanzierung, die aus der Sicht des VDP Sachsen-Anhalt verfassungswidrige Elemente in sich birgt (s. auch Ausführungen zur vorherigen Sitzung des **Petitionsausschusses des Landtages** vom 16.01.25): Der Bildungsausschuss befasste sich jedoch auf der Sitzung nicht näher mit dem Inhalt der eingebrachten Petitionen (inkl. der hierin enthaltenen Gutachten u.a. eines ehemaligen Richters des Bundesverfassungsgerichts und eines ehemaligen Richters am Landesverfassungsgericht Sachsen-Anhalt), sondern er empfahl dem Petitionsausschuss, wegen der vom Finanzausschuss bereits verabschiedeten Beschlussempfehlung zum Haushaltsbegleitgesetz die eingereichte Petition für erledigt zu erklären (s. Niederschrift 8/BIL/46, S. 78).
- **07.02.:** Die vorgezogene Bundestagswahl wirft ihre Schatten voraus: Teilnahme an Diskussionsveranstaltung der **FDP Sachsen-Anhalt** mit deren damaligen Spitzenkandidaten **Christian Lindner** (Bundesfinanzminister a.D.) und deren Landesvorsitzenden **Dr. Lydia Hüskens** (Landesministerin für Infrastruktur und Digitales)



- **10.02.:** Schreiben an das **Bildungsministerium** und an Vertreterinnen und Vertreter der **Koalitionsfraktionen** – Bitte um ein einheitliches Inkrafttreten der im Haushaltsbegleitgesetz vorgesehenen schulgesetzlichen Regelungen zum 01.08.25 (Begründung: notwendige Überarbeitung der auf den neuen Gesetzesregelungen beruhenden SchifT-VO – die modifizierte Verordnung hätte dann gleichzeitig mit den gesetzlichen Änderungen zu den freien Schulen in Kraft treten können) – Der Bitte wurde nicht entsprochen, ein Entwurf der aufgrund der Gesetzesänderungen zu modifizierenden SchifT-VO liegt dem VDP Sachsen-Anhalt auch zum Zeitpunkt der Erarbeitung dieses Textes (Ende Januar 2026) noch nicht vor.
- **10.02.:** Information an die Mitglieder des VDP Sachsen-Anhalt über die vom **Bundestag** beschlossene Übergangsregelung des § 127 SGB IV, über die eine gewisse Rechtssicherheit zum Einsatz von Honorarkräften im Bildungsbereich bis zum 31.12.2026 gewährleistet wird – Hierfür hatten sich sowohl der **VDP-Dachverband** als auch der **VDP Sachsen-Anhalt** intensiv eingesetzt.
- **11.02.:** Schreiben an **Petitionsausschuss des Landtages** mit dem Hinweis, dass sich aus der Sicht des VDP Sachsen-Anhalt insbesondere die in seiner Petition formulierten mittelfristigen Forderungen zur Ersatzschulfinanzierung trotz der o.g. Beschlussempfehlungen des Finanz- und Bildungsausschusses nicht erledigt haben, da diese im Gesetzgebungsverfahren nicht aufgegriffen wurden
- **12.02.:** Beginn der Verhandlungen (vor allem mit den Krankenkassen) zum künftigen Budget der staatlichen und freien Pflegeschulen – der VDP Sachsen-Anhalt wurde in den Verhandlungsrunden vor allem durch unsere **Landesvorsitzende Katrin Hochheiser** sowie **Kristin Langhoff-Rossol** vertreten

*An den damaligen FDP-Spitzenkandidaten **Christian Lindner** richtete auch **Jürgen Banse** vom VDP Sachsen-Anhalt einige Fragen zu Themen der (bundespolitischen) Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik.*

- 12.02.: Schreiben an die Geschäftsführung der **BA-Regionaldirektion Sachsen-Anhalt/Thüringen** mit einer Anfrage zur Möglichkeit der Kalkulation von Personalkosten über den Mindestlohn für die Weiterbildungsbranche hinaus in ausgeschriebenen Arbeitsfördermaßnahmen
- 15.02.: Vortrag und Diskussion mit den Vertreterinnen und Vertretern des **Landeselternrates** über die Entwicklung der Rahmenbedingungen der freien Schulen in Sachsen-Anhalt



Die Sitzung des **Landeselternrates** mit dem
Gastbeitrag von **Jürgen Banse** vom **VDP
Sachsen-Anhalt** fand in den Räumlichkeiten des
Bildungsministeriums statt.

- 18.02.: Anlässlich der bevorstehenden vorgezogenen **Bundestagswahl** hatte sich der VDP Sachsen-Anhalt an die **Landesverbände der sieben größten Parteien** mit der Bitte gewandt, die Wahlprüfbausteine unseres Verbandes zu bildungs-, arbeitsmarkt- und integrationspolitischen Themen zu beantworten. Keine Antwort auf unsere Umfrage kam von den Parteien **AfD** und **BSW**, alle Antworten der übrigen Parteien wertete der VDP Sachsen-Anhalt aus und teilte diese seinen Mitgliedern als Hilfestellung für deren Wahlentscheidungen mit.
- 19.02.: Brand-Mail von **Kristin Langhoff-Rossol** an **Petra Grimm-Benne** (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung) unter der Überschrift „Dringender Handlungsbedarf zur Sicherstellung der generalistischen Pflegeausbildung und der langfristigen Fachkräfteversorgung“ – dabei ging es um Schwierigkeiten, für Absolventen der Pflegeberufausbildung Praktikumsplätze für deren gesetzlich vorgegebenen Pflichteinsätze in den Krankenhäusern zu finden oder zu erhalten, wodurch die Ausbildung dieser dringend benötigten Fachkräfte in vielen Fällen in Frage gestellt ist
- 20.02.: Der **Landtag von Sachsen-Anhalt** beschließt mehrheitlich das für die freien Schulen enorm wichtige **Haushaltsbegleitgesetz für die Jahre 2025 und 2026**. Der **VDP Sachsen-Anhalt** versendete hierzu folgende Pressemitteilung: „Zum Beschluss des Haushaltsbegleitgesetzes durch den Landtag von Sachsen-Anhalt: Trotz Nachbesserungen bei der Finanzierung verschlechtern sich Rahmenbedingungen der freien Schulen“.

Von den
beschlossenen
Finanzhilfekürzungen
sind besonders die
freien Förderschulen
betroffen.



HINTERGRUNDINFORMATION 1:

Vergleich der endgültigen Schülerkostensätze 2024/25 (altes Finanzhilfemodell) mit den veröffentlichten Schülerkostensätzen für 2025/26 (neues Finanzhilfemodell)

Schulform	Endg. SKS 2024/25 (SVBl. LSA 8/2025, S. 215 ff.)	SKS 2025/26 (SVBl. LSA 7/2025, S. 182 ff.)	Entwicklung	Prozentuale Entwicklung
Grundschule (mit verl. Öffnungszeiten)	6.340,52 €	6.412,81 €	+ 72,29 € ^{*1}	+ 1,1 %
Sekundarschule	7.179,58 €	6.896,60 €	- 282,98 €	- 3,9 %
Gymnasium Kl. 5 - 10 Kl. 11 - 12	6.974,22 € 10.576,35 €	6.628,05 € 10.706,24 €	- 346,17 € + 129,89 €	- 5,0 % + 1,2 %
Integrierte Gesamtschule Kl. 5 - 11 Kl. 12 - 13	7.710,28 € 11.524,88 €	7.560,82 € 10.706,24 €	- 149,46 € - 818,64 €	- 1,9 % - 7,1 %
Gemeinschaftsschule (13) Kl. 5 - 11 Kl. 12 - 13	7.207,55 € 10.286,67 €	6.896,60 € 10.706,24 €	- 310,95 € + 419,57 €	- 4,3 % + 4,1 %
Förderschule (Geistige Behinderung)	32.064,89 €	28.030,85 €	- 4.034,04 €	- 12,6 %
FS Sozialpädagogik (3J/integrativ)	6.171,51 €	6.185,58 €	+ 14,07 €	+ 0,2 %
BFS Physiotherapie (3J/V)	8.092,49 €	8.065,50 €	- 26,99 €	- 0,3 %

^{*1} Im Bereich der Grundschulen wurde zum Schuljahr 2025/26 die schrittweise Hochstufung der angestellten grundständig ausgebildeten Lehrkräfte von der EG 11 zur EG 13 abgeschlossen.

HINTERGRUNDINFORMATION 2:

a) Erreichtes im Laufe des (verkürzten) Gesetzgebungsverfahrens:

- Aufstockung der vorgesehenen Finanzmittel für die freien Schulen in den Jahren 2025 und 2026 um knapp 22 Mio. € ggü. den ursprünglich vorgesehenen existenzbedrohenden Kürzungen
- Anhebung der Förderquote für Förderschulen, Gymnasien und der gymnasialen Oberstufe von 90 auf 95 Prozent der „vergleichbaren“ staatlichen Schülerkosten
- Hochrechnung der Unterrichtsversorgung auf 100 Prozent (bis zum Ende des Schuljahres

2024/25 wurden allerdings 102,5 Prozent als Berechnungsfaktor bei der Finanzhilfeberechnung herangezogen)

- Berücksichtigung der Hochstufung der Grundschullehrkräfte von der EG 11 zur EG 13
- Bei der Fortschreibung der Schülerkostensätze werden die jährlichen Kostensteigerungen des TVL berücksichtigt (zuvor sollte jeweils mit einjähriger Verzögerung ein Fünfjahresdurchschnitt gebildet werden; hätte Abkopplung von den Gehaltsentwicklungen der staatlichen Lehrkräfte bedeutet)
- Erleichterter Unterrichtseinsatz von Lehrkräften an Ersatzschulen

b) Mängel der neuen Gesetzesregelungen zu den freien Schulen

- für die meisten Schulformen stellt sich das neue Finanzhilfemodell dennoch als Kürzung dar, ganz erheblich sogar für die freien Förderschulen
- offensichtlicher Verstoß des Gesetzes gegen den **verfassungsrechtlichen Wesentlichkeitsgrundsatz**: mit der für die Finanzhilfeberechnung maßgeblichen Matrix zur Festlegung der „vergleichbaren“ Schülerkosten arbeitet allein das Bildungsministerium und nicht der Landtag; **Problem insbesondere bei der Neufestsetzung der Finanzhilfe im Jahr 2030** (Unter welcher Leitung steht dann das MB?)
- neues System ist noch viel intransparenter sowie fehler- und manipulationsanfälliger als das bisherige Finanzhilfeberechnungssystem
- zahlreiche staatliche Kosten sind in der sog. Matrix noch gar nicht erfasst (z.B. duale Lehrerausbildung, pädagogische Unterrichtshilfen) oder zu niedrig bemessen (z.B. Versorgungspauschale für verbeamtete Lehrkräfte oder Mietkosten für schulische Gebäude)
- durch die Verwendung der Förderquoten 85 bis 95 Prozent wird in der Öffentlichkeit (und im Parlament) der Eindruck erweckt, als würden die freien Schulen eine derartige prozentuale Förderung von den Vollkosten der staatlichen Schulen erhalten, tatsächlich ist die Förderung aber deutlich geringer (Bsp. freie Fachoberschule – erhält 2025/26 nur 69,3 % der Vollkosten einer vergleichbaren staatlichen Fachoberschule im Haushaltjahr 2023!)
- Verschärfung der bisherigen Regelungen zur Wartefrist und bei neu gegründeten Ersatzschulen sowie zu deren staatlichen Anerkennung
- bis 2030 keine Berücksichtigung von kostensteigernden Faktoren im staatlichen Schuldienst im Vergleich zum Haushaltsjahr 2023 (trotz z.B. des immer stärkeren Einsatzes von Schulverwaltungsassistenten sowie der Umsetzung des Startchancenprogramms und erheblicher zusätzlicher Finanzmittel für Kommunen aufgrund des Investitionsprogramms des Bundes)
- Erleichterungen beim Einsatz von Schulleitungen und Lehrkräften (hier bestehen wegen der noch fehlenden SchifT-VO allerdings noch erhebliche Rechtsunsicherheiten) werden durch kostenintensive Verschärfungen beim Finanzhilfeverwendungsverfahren (verpflichtende Einbeziehung von Wirtschaftsprüfern) negativ „kompensiert“
- kaum Berücksichtigung der Forderungen der freien Schulen aus der gemeinsamen Arbeitsgruppe mit dem Bildungsministerium (z.B. zur Wartefrist, zum Schulgeldersatz oder zur Finanzierung des Gemeinsamen Unterrichts)

HINTERGRUNDINFORMATION 3:

Vergleich der durchschnittlichen Schülerkosten staatlicher Schulen

(s. Antwort der Landesregierung auf die Anfrage des Abgeordneten Detlef Gürth, Drs. 8/4849) und der in Art. 5 des Haushaltsbegleitgesetzes 2025/2026 nunmehr festgesetzten Finanzhilfesätze für freie Schulen im bzw. für das Haushaltsjahr 2023

Schulform	Schülerkosten an staatl. Schulen laut der vom MB überarbeiteten Matrix	vorgesehene Schülerkostensätze für freie Schulen	Differenz / prozent. Förderquote
Grundschule mit verlässlichen Öffnungszeiten	8.200 €	5.887,08 €	- 2.312,92 € / 71,8 %
Sekundarschule / Gemeinschaftsschule (5 - 10) / Waldorfschule (5 - 12)	8.936 €	6.331,48 €	- 2.604,52 € / 70,9 %
Gymnasium (5 - 10)	8.707 €	6.084,67 €	- 2.622,33 € / 69,9 %

Gymnasiale Oberstufe (Gymnasium, Gemeinschaftsschule, Gesamtschule)	13.735 €	9.828,53 €	- 3.906,47 € / 71,6 %
Förderschule Geistige Behinderung	32.559 €	25.732,84 €	- 6.826,16 € / 79,0 %
FS Sozialpädagogik (3J/integrativ)	8.109 €	5.678,47 €	- 2.430,53 € / 70,0 %
BFS Pflegehilfe (1J)	10.015 €	6.766,38 €	- 3.248,62 € / 67,6 %
Fachoberschule	7.062 €	4.490,92 €	- 2.571,08 € / 63,6 %

Anmerkung: Die Schülerkostensätze für die freien Schulen beruhen auf einer angenommenen Unterrichtsversorgung von 100 %, die durchschnittlichen Schülerkosten der staatlichen Schulen hingegen auf der tatsächlichen durchschnittlichen Unterrichtsversorgung im Jahr 2023 (lag z.B. an den Sekundarschulen / Gemeinschaftsschulen bei 89 %, s. Antwort Landesregierung auf die o.g. Anfrage, Frage 2). Außerdem sind bei den staatlichen Schulen nicht die zusätzlichen Kosten der sog. Vorgriffsstunde erfasst (s. Antwort der Landesregierung auf die o.g. Anfrage, Frage 4). Allein diese beiden unberücksichtigten Kostenkomponenten dürften zu einer weiteren **Erhöhung der abgebildeten staatlichen Schülerkosten um mindestens 5 Prozent** führen (s. Antwort der Landesregierung auf die o.g. Anfrage, Fragen 3 + 4), was z.B. im Bereich der gymnasialen Oberstufe den Abstand der jeweiligen Ausgaben um 687 € je Schüler und Jahr erhöhen würde (die Differenz betrüge dann hier je Schüler 4.593,47 €, der Fördergrad läge nur noch bei lediglich 68,1 %!).

- 24.02.: Auswertung der Ergebnisse der **Bundestagswahl** mit besonderem Fokus auf das Land Sachsen-Anhalt (vor allem auf die hier erzielten Zweitstimmen-Ergebnisse)
- 26.02.: Erteilung der Druckfreigabe für die Broschüre **VDP Sachsen-Anhalt Transparent 2023/24**



MÄRZ 2025

- 03.03.: Gespräch von **Katrin Hochheiser** und **Jürgen Banse** mit **Saskia Abu El Wafa** und **Jacqueline Kräuter** (jeweils zuständig für die Schulen in freier Trägerschaft) im **Landesschulamt Sachsen-Anhalt** – Schwerpunkt hierbei waren die neuen (direkt nach der Veröffentlichung in Kraft getretenen) Vorgaben des Schulgesetzes zum Einsatz von Lehrkräften an den freien Schulen: beide Seiten betonten die Wichtigkeit einer zeitnahen und gesetzeskonformen Modifizierung der Verordnung über die Schulen in freier Trägerschaft (Schift-VO)



Die Vertreter des **VDP Sachsen-Anhalt** suchten nach dem Beschluss des Haushaltsbegleitgesetzes 2025/2026 sehr schnell den Kontakt zum **Landesschulamt Sachsen-Anhalt**, das bislang für die Genehmigung des Lehrkräfteeinsatzes zuständig war.

- 04.03.: Teilnahme an der Sitzung der **Arbeitsgruppe Strukturwandel und Qualifizierung** in den Räumlichkeiten der **Arbeitsagentur Sachsen-Anhalt Nord**: u.a. Gespräch mit **Dr. Kristin Körner** (Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung) über neue (einschränkende) Vorgaben des **Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)** zum maximalen Wochenstundeneinsatz von angestellten Sprachkurs-Lehrkräften
- 05.03.: Nachfrage bei **Staatssekretär Jürgen Böhm** (Bildungsministerium), ob bereits Entscheidung zur Beteiligung auch freier Schulträger bei der Umsetzung des dualen Lehrkräftestudiums getroffen wurde
- 05.03.: Videokonferenz mit **Sandra Marschall** und **Martina Kristof** (beide VDP Niedersachsen-Bremen) zur Bundesratsinitiative des Landes Niedersachsen hinsichtlich einer Ausnahme von der AZAV-Zertifizierungspflicht im Arbeitsmarktbereich exklusiv für staatliche berufsbildende Schulen
- 06.03.: Teilnahme von Vorstandsmitglied **Steffen Kilian** an Sitzung der **Landes-Arbeitsgruppe „Integration in den Arbeitsmarkt“**
- 10.03.: Schreiben an **Werner Fieckel** (Referatsleiter im Bildungsministerium für Schulen in freier Trägerschaft) mit der Anfrage, ob alle freien Schulen nach der Veröffentlichung der im Zuge des Haushaltsbegleitgesetzes beschlossenen Änderungen im Schulgesetz bereits bis zum 15.07.25 erstmals einen Wirtschaftsprüferbericht für das vergangene Wirtschaftsjahr vorlegen müssen – Der **VDP Sachsen-Anhalt** hat hierzu die Auffassung vertreten, dass es sich dann wohl um eine unzulässige Rückwirkung handeln würde. Das Bildungsministerium ist dieser Auffassung wohl gefolgt, zumindest kann dessen Antwortschreiben vom 09.07.25 (!) – beim VDP Sachsen-Anhalt eingegangen am 24.07.25 (!) – so interpretiert werden.



- 13.03.: Schreiben an die Politikerinnen und Politiker aus Sachsen-Anhalt, die zu diesem Zeitpunkt an den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD im Bund beteiligt waren: Übersendung der Positionen des VDP-Dachverbandes zur Bundestagswahl und der Ergebnisse der Antworten auf die Wahlprüfbausteine des VDP Sachsen-Anhalt an Sven Schulze (zu diesem Zeitpunkt Minister für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten in Sachsen-Anhalt), MdB Tino Sorge (inzwischen Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium), MdB Sepp Müller (Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundesfraktion), MdL Dr. Katja Pähle (Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion) und MdB Dr. Franziska Kersten (SPD)



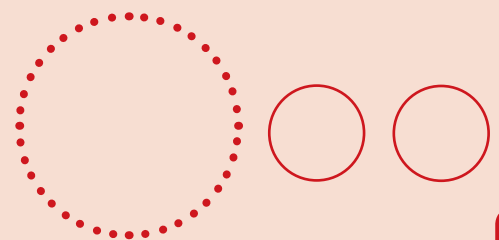
Deckblatt des Flyers des VDP-Dachverbandes zur Bundestagswahl 2025

- 19.03.: Durchführung der VDP-Fachtagung „Erwachsenenbildung“ in der Oskar Kämmer Schule Wernigerode – Gastreferenten waren Frank Höhle (BA-Regionaldirektion Sachsen-Anhalt/Thüringen) und Jean Lehmann (Arbeitsagentur Sachsen-Anhalt West)



Die Oskar Kämmer Schule Wernigerode, Gastgeberin der VDP-Fachtagung, erfreute die Teilnehmenden mit einem netten Begrüßungspaket.
(Foto: Oskar Kämmer Schule)

- 18.03.: Durchführung des Seminars „Rechtsfragen des Schulalltags – und wie man diese löst“ mit Dr. Günther Hoegg (Autor zahlreicher Fachbücher zum Schulrecht)



Dr. Günther Hoegg referierte zu zahlreichen Rechtsfragen, die immer wieder im Schulalltag auftauchen, gewohnt unterhaltsam und fachkundig.

- 19.03.: Teilnahme von **Jürgen Banse** an der Feier „35 Jahre **Rahn Education** in Leipzig“



*Gotthard Dittrich, ohne den die Erfolgsgeschichte von **Rahn Education** nicht denkbar wäre, begrüßte mit herzlichen Worten alle Teilnehmenden an der großartigen Jubiläumsfeier.*

- 25.03.: Teilnahme an der Sitzung des **Begleitausschusses für die EFRE/JTF und ESF+-Fonds in Sachsen-Anhalt**
- 27.03.: Teilnahme an Sitzung der **Fachgruppe „Arbeitsmarktdienstleistungen“** des VDP-Dachverbandes in Berlin (gemeinsam mit Vorstandsmitglied **Steffen Kilian**)
- 31.03.: Erarbeitung und Versendung eines umfassenden Fragenkatalogs zum gesetzlich neu geregelten Lehrkräfteeinsatz an das **Bildungsministerium** und das **Landesschulamt** auch als Grundlage für die aufgrund der Gesetzesänderungen zu modifizierenden Verordnung über die Schulen in freier Trägerschaft (SchifT-VO)

APRIL 2025

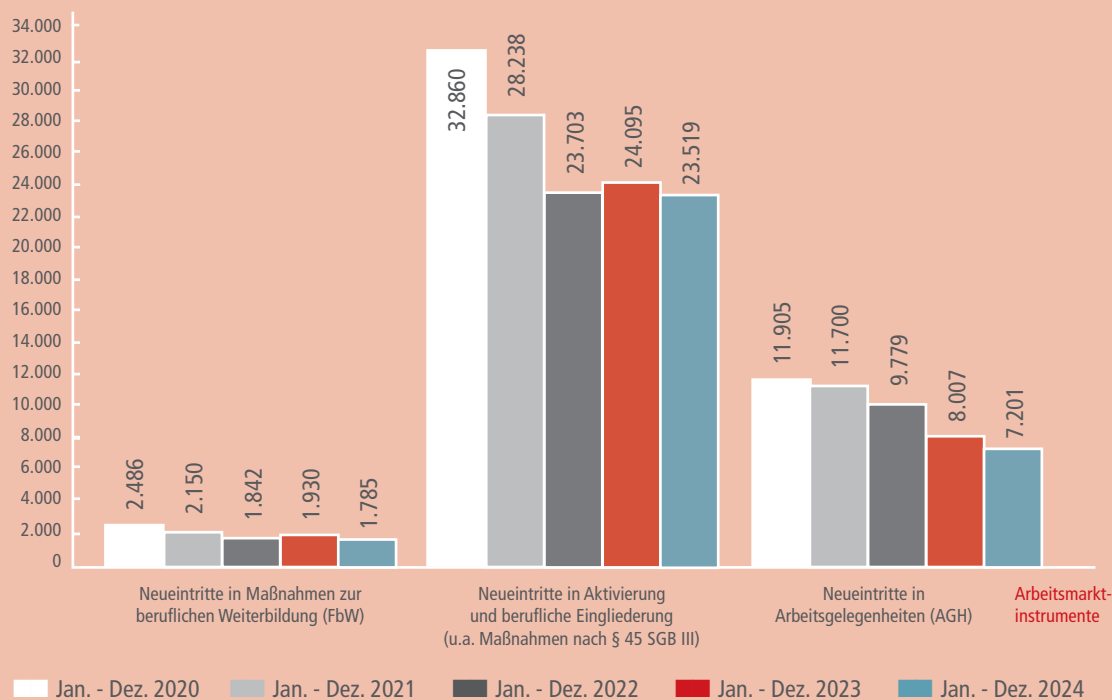
- 02.04.: Durchführung eines Webinars gemeinsam mit dem **Zukunftszenrum Digitale Arbeit Sachsen-Anhalt** zum Thema „Digitale Barrierefreiheit für Webseiten“ (Referentin: **Sarah Rettig**)
- 04.04.: Auswertung von Statistiken der **Bundesagentur für Arbeit** über die Neueintritte von Empfängerinnen und Empfängern von Bürgergeld in arbeitsmarktpolitische Fördermaßnahmen während der Jahre 2020 bis 2024 sowie zur Entwicklung der Ausgaben der **Jobcenter** zwischen 2021 und 2023 für das Bürgergeld, die Verwaltung und im Vergleich dazu für sämtliche Eingliederungsleistungen wie z.B. Weiterbildungs-, Aktivierungs- oder sog. 1-€-Job-Maßnahmen



HINTERGRUNDINFORMATION 1:

Anzahl der Neueintritte von Bürgergeld-Empfänger*innen in ausgewählte
Arbeitsmarktinstrumente: Entwicklungen in Sachsen-Anhalt
(Stand: 28.03.2025, Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

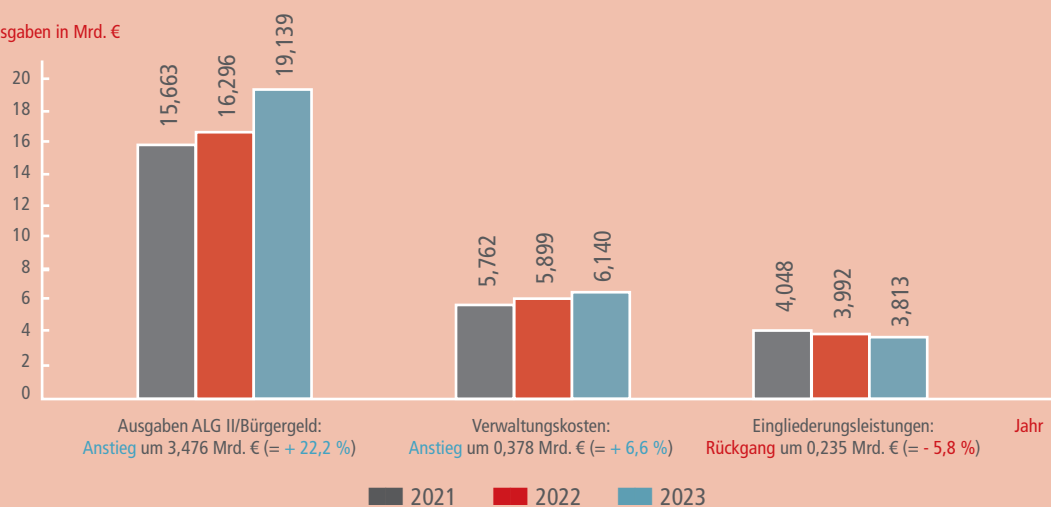
Anzahl der Neueintritte



HINTERGRUNDINFORMATION 2:

Entwicklungen der Ausgaben der Jobcenter für aktive und passive Leistungen im SGB II
(Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit)

Ausgaben in Mrd. €



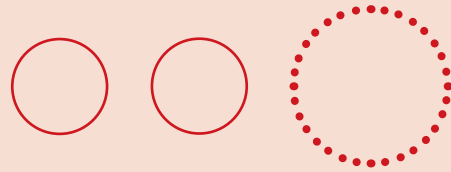
→ 2021 wurden 1,714 Mrd. € mehr für die Verwaltung der Jobcenter ausgegeben als für sämtliche Eingliederungsmaßnahmen, 2023 waren es schon 2,327 Mrd. € mehr.

- 07.04.: Erneute schriftliche Nachfrage bei Bildungs-Staatssekretär **Jürgen Böhm**, ob schon eine Entscheidung getroffen wurde, ob bzw. in welcher Form sich auch Träger freier Schulen an dem Modell der dualen Lehrkräfteausbildung beteiligen können
- 08.04.: Erneutes Schreiben an den **Petitionsausschuss des Landtages** als Reaktion auf den Inhalt einer weiteren Stellungnahme der **Landesregierung** zu der vom **VDP Sachsen-Anhalt** eingebrachten Petition zur Ersatzschulfinanzierung, insbesondere mit einer Erläuterung der VDP-Position zum Wesensgehalt von **Artikel 28 Abs. 1 a.) der UN-Kinderrechtskonvention**, die eine generelle Unentgeltlichkeit des Grundschulbesuchs (also die Herstellung der Schulgeldfreiheit) vorsieht, was in Sachsen-Anhalt auch nach den neuen gesetzlichen Regelungen zur Finanzhilfe vom Land noch immer nicht gewährleistet wird
- 09.04.: Treffen mit **Ronny Rößler** und **Matthias Grünberg** von der **Evangelischen Stiftung Neinstedt**: Gespräch über besondere Schwierigkeiten der Förderschulen mit dem Schwerpunkt geistige Entwicklung mit den beschlossenen Finanzhilfekürzungen ab dem Schuljahr 2025/26 (hier: Rückgang der Finanzhilfe von 2024/25 auf 2025/26 um ca. 4.000 € pro Schüler und Jahr), zumal an diesen Schulen im Regelfall von ihren Schulträgern auch kein Schulgeld erhoben werden kann
- 10.04.: Schreiben von **Kristin Langhoff-Rossol** an die **bildungs- und gesundheitspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktionen** zur dringend notwendigen Herstellung der Schulgeldfreiheit für die Podologieausbildung, die zu diesem Zeitpunkt noch vollständig selbst von den Auszubildenden zu finanzieren war
- 11.04.: Anfrage an **Werner Fieckel** (Bildungsministerium) zur konkreten Umsetzung der Neueinstufung von Grundschullehrkräften nach deren Hochgruppierung von der EG 11 in die EG 13
- 23.04.: Weiterleitung von Übergangsregelungen des **Landesschulamtes** zum eigenverantwortlichen Unterrichtseinsatz an Schulen in freier Trägerschaft nach dem Inkrafttreten der neuen gesetzlichen Regeln zum 08.03.25: Diese Regelungen – insbesondere auch zur pädagogischen Eignungsfeststellung bei Seiteneinsteigern – sollen übergangsweise bis zur Veröffentlichung einer gesetzeskonform überarbeiteten Verordnung über die Schulen in freier Trägerschaft (SchifT-VO) gelten.
- 23.04.: Teilnahme am Jahresempfang der **Landesregierung** im Gesellschaftshaus Magdeburg, dabei u.a. kurzes Gespräch mit **Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff** über die (neuen) Rahmenbedingungen der freien Schulen in Sachsen-Anhalt
- 24.04.: Teilnahme an der **Messe BILDUNG DIG!TAL** in Magdeburg

*Auf der Messe **BILDUNG DIG!TAL** waren auch viele (Förder-)Mitglieder des **VDP Sachsen-Anhalt** präsent, u.a. **Carola Kolouschek** und **Olaf Kleinschmidt** von der **MAXX2IT GmbH**.*



- **24.04.:** Schreiben an die Mitgliedsschulen im **VDP Sachsen-Anhalt** zu den im Schulverwaltungsblatt vom 22.04.25 (zum Teil seit Jahren überfälligen) veröffentlichten endgültigen bzw. vorläufigen Schülerkostensätzen für die Ersatzschulen in den Schuljahren 2021/22 bis 2024/25



HINTERGRUNDINFORMATION:

Laut der aktuell noch immer geltenden Regelung von § 10 Abs.5 SchIF-VO hätten für die einzelnen Schuljahre die für die jeweiligen Schulformen berechneten Schülerkostensätze (Finanzhilfeshöhen) vom **Bildungsministerium** im Schulverwaltungsblatt wie folgt veröffentlicht werden müssen: die vorläufigen Schülerkostensätze vor Beginn des jeweiligen Schuljahres bis zum 30.06. und die endgültigen Schülerkostensätze nach Abschluss des Schuljahres zum 01.09. des entsprechenden Jahres. Wegen der gerichtlichen Auseinandersetzungen zur Berechnung bzw. Höhe der Schülerkostensätze wurden die Schülerkostensätze zunächst nicht mehr veröffentlicht – die Träger erhielten aufgrund von Übergangsregelungen lediglich Abschlagszahlungen. Spätestens mit dem

Abschluss der Vergleichsverhandlungen zwischen dem Land und den klagenden Schulträgern Ende 2023 hätten entsprechende Neuberechnungen aber vorgenommen werden können. Dies unterblieb jedoch bis Ende April 2025.

Zu diesem Zeitpunkt war das Gesetzgebungsverfahren zu Artikel 5 des Haushaltsbegleitgesetzes 2025/2026, mit dem u.a. die Finanzhilfe für die freien Schulen (Ersatzschulen) neu geregelt wurde, aber schon abgeschlossen. Das bedeutet: Die **Abgeordneten des Landtages** konnten bei ihrer Beschlussfassung keinen genauen Vergleich der bisher gewährten Schülerkostensätze vornehmen, mit denen, die aufgrund der gesetzlichen Neuregelungen seit 01.08.2025 gewährt werden.

- **29.04.:** Eingang einer Zwischenantwort des **Bildungsministeriums** zur Anfrage des VDP Sachsen-Anhalt, ob das duale Lehrkräftestudium auch für freie Schulträger geöffnet wird – Hierin heißt es u.a.: „Aus der von Ihnen übersandten Übersicht der Interessensbekundungen kann entnommen werden, dass zurzeit 17 Träger freier Schulen ein Interesse an einem dualen Lehrkräftestudium für eine oder mehrere Schulformen angezeigt haben. Diese Interessensbekundungen werden mit in die Abstimmungen mit den Beteiligten genommen. Die erforderlichen Abstimmungen mit den Beteiligten sind sehr komplex und werden noch einige Zeit in Anspruch nehmen.“

Am 24.04.25 wurde das VDP-Mitglied **BBA "Altmark" Stendal** (ganz rechts: **Geschäftsführer Andy Zimmer**) ebenso wie die **Care Campus Harz gGmbH** von **Arbeitsministerin Petra Grimm-Benne** mit dem Landessiegel Sachsen-Anhalt 2024 „Das mitarbeiterorientierte Unternehmen – Hier fühle ich mich wohl“ ausgezeichnet. (Foto: BBA "Altmark" Stendal)



MAI 2025

- 08.05.: Versendung eines Schreibens an die Mitglieder des Bildungs- und Finanzausschusses des Landtages unter der Überschrift „18. Schulgesetzänderungsgesetz für notwendige Korrekturen des Haushaltsbegleitgesetzes nutzen“ – Hierin wurden die Abgeordneten über einen Fehler im Gesetzgebungsverfahren zu Artikel 5 des Haushaltsbegleitgesetzes informiert (statt – wie im Gesetz ausgewiesen – für die Finanzhilfeberechnung die kommunalen Schulkosten des Jahres 2023 heranzuziehen, wurden die des Jahres 2022 berücksichtigt), auf die tatsächlichen Höhen der erfolgten Finanzhilfekürzungen für viele Schulformen hingewiesen (was erst nach der Veröffentlichung der ausstehenden Schülerkostensätze vom 22.04. möglich war) und gebeten, die quasi über Nacht in das Gesetz aufgenommene Verpflichtung für alle freien Schulträger, künftig jährlich einen kostenintensiven Wirtschaftsprüferbericht vorlegen zu müssen, nochmals zu überdenken.
- 09.05.: Schreiben an Marco Püsche (Referatsleiter im Landesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung): Zusammenfassung von Vorschlägen des VDP Sachsen-Anhalt zur laut Koalitionsvertrag (Bund) vorgesehenen Vereinfachung der Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV)
- 12.05.: Gespräch von Steffen Kilian und Jürgen Banse mit der Geschäftsführung der Arbeitsagentur Sachsen-Anhalt Süd in Halle/Saale über aktuelle arbeitsmarktpolitische Schwerpunktsetzungen (u.a. hinsichtlich der seit Anfang 2025 alleinigen Zuständigkeit der Arbeitsagenturen für die beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen auch von Personen, die unter das SGB II fallen)
- 13.05.: Teilnahme an Sitzung des Landesschulbeirates durch die VDP-Landesvorsitzende Katrin Hochheiser
- 14.05.: Durchführung der Fachtagung „Ersatzschulen“ des VDP Sachsen-Anhalt in der Freien Schule Anhalt in Köthen mit den Gastreferenten Werner Fieckel (Bildungsministerium, virtuell), der zu dem Thema „Aktuelle Entwicklungen in Sachsen-Anhalt zu den Rahmenbedingungen der freien Schulen“ sprach, sowie mit Bernhard Niemann (Niemann Consulting GmbH), der über das Thema „Personalentwicklung und Fachkräftebindung an Schulen in freier Trägerschaft“ informierte



An der Freien Schule Anhalt fühlten sich alle Teilnehmenden der Fachtagung des VDP Sachsen-Anhalt herzlich aufgenommen.



Jürgen Banse überreichte Heike Makk, Schulleiterin der Freien Schule Anhalt, ein Mitgliedsschild des VDP Sachsen-Anhalt zur Befestigung am Schulgebäude.

- 15.05.: Thema Beteiligung der freien Schulen an der dualen Lehrkräfteausbildung: Schreiben des VDP Sachsen-Anhalt auch an **Prof. Jens Strackeljan**, Rektor der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg



- 20.05.: Begleitung von **MdL Jörg Bernstein**, bildungs- und finanzpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, und dessen bildungspolitischen Referentin **Amy Schneider** zu einem Erfahrungsaustausch mit **Katrin Hochheiser** und **Dr. Kathrin Wahlbuhl-Nitsche** (Freie Schule im Burgenland Jan Hus in Trägerschaft der MBA Naumburg) sowie mit **Dr. Stefan Auerswald** und **Susanne Jugl-Sperhake** (Christophorusschulen Droyßig in Trägerschaft des CJD Sachsen-Anhalt)



MdL Jörg Bernstein beobachtete interessiert den Fachunterricht an der Freien Sekundarschule Jan Hus in Trägerschaft der MBA Naumburg



*Die Vertreter der FDP-Landtagsfraktion hier im Gespräch mit **Dr. Stefan Auerswald** (in der Mitte des Fotos), Schulleiter des CJD-Christophorus-Gymnasiums in Droyßig*

- 23.05.: Schreiben an **Grit Mederake**, Referatsleiterin im **Bildungsministerium**, zum Thema „Digitalisierung von Schulverwaltungsprozessen“ und zur Frage, ob tatsächlich auch freie Schulen unter den Anwendungsbereich von § 1 des Onlinezugangsgesetzes (OZG) fallen
- 27.05.: Abschluss der Verhandlungen zum Budget der **Pflegeschulen** in den Kalenderjahren 2026 und 2027 – der VDP Sachsen-Anhalt wurde in diesen Gesprächen vor allem durch **Katrin Hochheiser** und **Kristin Langhoff-Rossol** vertreten

JUNI 2025

- **02.06.:** Teilnahme am Jahresempfang der **Landtagsfraktionen** von **Die Linke Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt** in Schwerin: dabei u.a. Gespräche mit **Simone Oldenburg**, Ministerin für Bildung und Kindertagesförderung in Mecklenburg-Vorpommern und zu diesem Zeitpunkt auch noch amtierende Präsidentin der Bildungsministerkonferenz, sowie mit **Tom Scheidung**, dem Bildungs-Staatssekretär in Mecklenburg-Vorpommern; außerdem mit den **MdL Eva von Angern** und **Thomas Lippmann** sowie weiteren Vertretern der sachsen-anhaltischen Landtagsfraktion Die Linke



Im Vergleich zum Vorjahr ging die Anzahl der Teilnehmenden an geförderten Weiterbildungen im SGB II in Sachsen-Anhalt um über 38% zurück.

VDP-Landesgeschäftsführer **Jürgen Banse** im Austausch mit Mecklenburg-Vorpommerns Bildungs-Staatssekretär **Tom Scheidung**; Das Gespräch hatte **Christian Schneider**, Geschäftsführer des **VDP Nord**, vermittelt. Von diesem stammt auch das hier abgebildete Foto.

- **03.06.:** Nachdem das **Bildungsministerium Sachsen-Anhalt** wiederholt über die sozialen Netzwerke auf noch freie Plätze beim dualen Lehrkräftestudium aufmerksam gemacht hatte, dessen **Pressesprecher** dem **VDP Sachsen-Anhalt** aber via LinkedIn mitteilte, dass sich der Verband bei Interesse selbst um die Auflage eines vergleichbaren Programms bemühen sollte, fragte Jürgen Banse bei **Bildungs-Staatssekretär Jürgen Böhm** an, wie diese Aussage mit den vorherigen Mitteilungen seines Hauses zu diesem Thema kompatibel sei (s. Ausführungen vom 23.01. und 29.04) und wie nun in dieser Angelegenheit weiter verfahren werden solle.
- **04.06.:** Gespräch mit **Franziska Weidinger** (Ministerin für Justiz und Verbraucherschutz) über verfassungsrechtliche Schwächen der gesetzlichen Neuregelungen zu den freien Schulen und dem schwierigen Zugang zum Landesverfassungsgericht Sachsen-Anhalt
- **10.06.:** Teilnahme am Sommerempfang der **Landesregierung**: Gespräche mit zahlreichen Landtagsabgeordneten



- 12.06.: Treffen mit **MdL Thomas Lippmann** (bildungspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke): Gespräch über Fragen der neuen Eingruppierung beziehungsweise Einstufung von Lehrpersonal im Grundschulbereich sowie über offene Fragen zu den neuen gesetzlichen Regelungen zur Finanzierung der freien Schulen in Sachsen-Anhalt
- 13.06.: Gespräch von Vorstand **Steffen Kilian** und Geschäftsführer **Jürgen Banse** mit **Antje Babucke** (Leiterin der BAMF-Außenstelle Sachsen-Anhalt in Halberstadt) und **Sebastian Steinke** (gleichfalls BAMF Halberstadt) über die veränderten Rahmenbedingungen der Anbieter von Integrations- und Berufssprachkursen (z.B. Verlängerung von Zahlungsfristen)

Veränderte Vorgaben bei der Umsetzung von Integrations- und Berufssprachkursen verkündet das BAMF häufig kurzfristig per Trägerschreiben.



Das sehr konstruktive Gespräch der VDP-Vertreter mit **Antje Babucke** und **Sebastian Steinke** vom BAMF Halberstadt (auf dem Foto zweite und erste von links) mündete in einer Einladung an Frau Babucke zur nächsten Fachtagung „Erwachsenenbildung“ des VDP Sachsen-Anhalt.

- 17.06.: Teilnahme am **Ökumenischen Jahresempfang** der christlichen Kirchen in Sachsen-Anhalt im Magdeburger Dom
- 18.06.: Erneute Teilnahme an einer Sitzung des **Petitionsausschusses des Landtages** mit der (letztmaligen) Behandlung der vom VDP Sachsen-Anhalt eingereichten Petition mit dem Ziel des Erreichens verfassungskonformer Finanzhilferegulierungen auch unter Berücksichtigung der als Bundesgesetz geltenden UN-Kinderrechtskonvention



- 18.06.: Schreiben an **Werner Fieckel**, dem zuständigen Referatsleiter im Bildungsministerium für die Schulen in freier Trägerschaft, zu aktuellen und noch offenen Fragen zur Ersatzschul-Finanzhilfe, insbesondere zu den im April veröffentlichten Schülerkostensätzen für zurückliegende Schuljahre



HINTERGRUNDINFORMATION:

Für den VDP Sachsen-Anhalt waren die teilweise erheblichen Schwankungen bei der Finanzhilfeshöhe für einige Schulformen nicht nachvollziehbar, z.B.:

Schulform	2022/23	2023/24	2024/25
Gesamtschule – Oberstufe	11.933,99 €	↓ 10.413,14 €	↑ 11.501,92 €
Gemeinschaftsschule – Oberstufe	12.393,00 €	↑ 17.153,79 €	↓ 10.266,18 €
BFS Pflegehilfe (1 Jahr Vollzeit)	6.301,95 €	↑ 7.987,67 €	↓ 6.675,39 €

- 19.06.: Durchführung des Seminars „Aktuelles Arbeitsrecht für Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft“ mit Rechtsanwältin **Dr. Tina Lorenz** (BATTKE GRÜNBERG Rechtsanwälte PartGmbB Dresden) im Ankerhof Hotel Halle



Zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 06.09.26 hat der VDP Sachsen-Anhalt mittlerweile die Kampagne „Bildungsvielfalt stärken!“ gestartet.



Die Dresdner Rechtsanwältin **Dr. Tina Lorenz** beantwortete erneut eine Vielzahl von arbeitsrechtlichen Fragen der Teilnehmenden am Seminar.

- 24.06.: Teilnahme von VDP-Landesvorstand **Steffen Kilian** an der federführend vom **Allgemeinen Arbeitgeberverband Sachsen-Anhalt** und der **TÜV Rheinland Akademie** organisierten Veranstaltung „Mehr als Recruiting – Innovationen. Impulse. Interaktion.“



An einem kleinen VDP-Stand informierte **Steffen Kilian** die Teilnehmenden u.a. über Fragen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung von Beschäftigten sowie zum Förderprogramm AsA flex, mit dem Auszubildende unterstützt werden können.

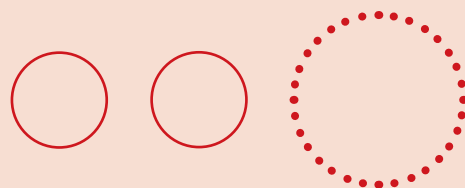
- 25.06.: Teilnahme an festlicher Verabschiedung von **Stephan Rether**, dem langjährigen Leiter des **Katholischen Büros in Sachsen-Anhalt**, in den wohlverdienten Ruhestand und an der gleichzeitigen Vorstellung seines Nachfolgers **Dr. Mathias Bethke** – Der VDP Sachsen-Anhalt pflegt seit vielen Jahren eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Katholischen Landesbüro.

- 25.06.: Schreiben des VDP Sachsen-Anhalt an **Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff** unter der Überschrift „Neue Rahmenbedingungen der Schulen in freier Trägerschaft in Sachsen-Anhalt“ – In diesem Schreiben gingen die **Vorstandsmitglieder des VDP Sachsen-Anhalt** auf einige falsche Wahrnehmungen ein, die sich im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens zum Haushaltsbegleitgesetz offenbar in Teilen der Politik zur Finanzierung der freien Schulen in Sachsen-Anhalt festgesetzt haben. So wurde in dem Schreiben u.a. klargestellt, dass

- das neue Finanzhilfemodell für den überwiegenden Teil der freien Schulträger zu einem Rückgang der Finanzhilfe führt
- im Freistaat Bayern nicht nur prozentual deutlich mehr Schülerinnen und Schüler freie Schulen besuchen als in Sachsen-Anhalt, sondern dort auch die durchschnittliche Finanzhilfe je Schüler und Jahr um ca. 3.000 € höher liegt als in Sachsen-Anhalt
- die Kosten des öffentlichen Schulwesens in Sachsen-Anhalt – gemessen an den durchschnittlichen Ausgaben je Schüler – ebenfalls deutlich höher ausfallen als die Ausgaben des Landes für entsprechende Schülerinnen und Schüler, die an freien Schulen lernen (gemessen an den realen Kosten der staatlichen Schulen bewegt sich die Finanzhilfe für die Ersatzschulen je nach Schulform zwischen 60 und 80 Prozent)

Gleichzeitig luden die Verantwortlichen des VDP Sachsen-Anhalt den Ministerpräsidenten zu einem vertiefenden Gespräch und Gedankenaustausch ein.

- 26.06.: Weiteres Schreiben des VDP Sachsen-Anhalt an **Werner Fieckel** (Referatsleiter im Bildungsministerium) mit zahlreichen Anmerkungen und Fragen speziell zu den veröffentlichten Schülerkostensätzen für das Schuljahr 2023/24



JULI 2025

- 01.07.: Gesprächsrunde zwischen Vertretern der **Investitionsbank Sachsen-Anhalt** (unter der Leitung von **Vorstand Marc Melzer**) und des **VDP Sachsen-Anhalt** über mögliche Optimierungen bei der Umsetzung der von der Investitionsbank betreuten Förderprogramme (z.B. Berufsorientierungsprogramm BRAFO)



Die meisten freien berufsbildenden Schulen in Sachsen-Anhalt gab es 2024/25 in Magdeburg (20) und Halle (19).

Für den VDP Sachsen-Anhalt nahmen an dem Gespräch mit der IB teil (von links nach rechts): **Dirk Petri** (Rahn Education Gröningen), **Birte Albrecht** (BVH Salzwedel), **Nancy Mühlenberg** (BBA "Altmark" Stendal), **Steffen Kilian** (Oskar Kämmer Schule Magdeburg) und **Jürgen Banse** (VDP Sachsen-Anhalt).

- 01.07.: Veröffentlichung der Pressemitteilung „Bildungsministerium Sachsen-Anhalt verstößt erneut gegen gesetzliche Vorgaben zu Schulen in freier Trägerschaft – VDP Sachsen-Anhalt setzt auf Zusammenarbeit mit neuem Bildungsminister“ – Hintergrund der Pressemitteilung war zum einen der Umstand, dass das Bildungsministerium gemäß der neuen gesetzlichen Vorgabe von § 18a Abs. 9 S. 2 SchulG-LSA die modifizierten Schülerkostensätze für das Schuljahr 2025/26 bis zum 30.06. im Schulverwaltungsblatt hätte veröffentlichen müssen. Die Veröffentlichung dieser Sätze erfolgte dann im Schulverwaltungsblatt vom 21.07.25, also erst wenige

Tage vor dem offiziellen Beginn des Schuljahres 2025/26. Weiterhin verwies der VDP in seiner Pressemitteilung auf den Umstand, dass trotz der vielen neuen gesetzlichen Regelungen zu den Ersatzschulen noch keine Anpassung der Verordnung über die Schulen in freier Trägerschaft (SchifT-VO) erfolgt sei. Der Verband setze nun aber auf eine verbesserte Zusammenarbeit mit dem **Bildungsministerium** unter der Führung des neuen Ministers **Jan Riedel**.

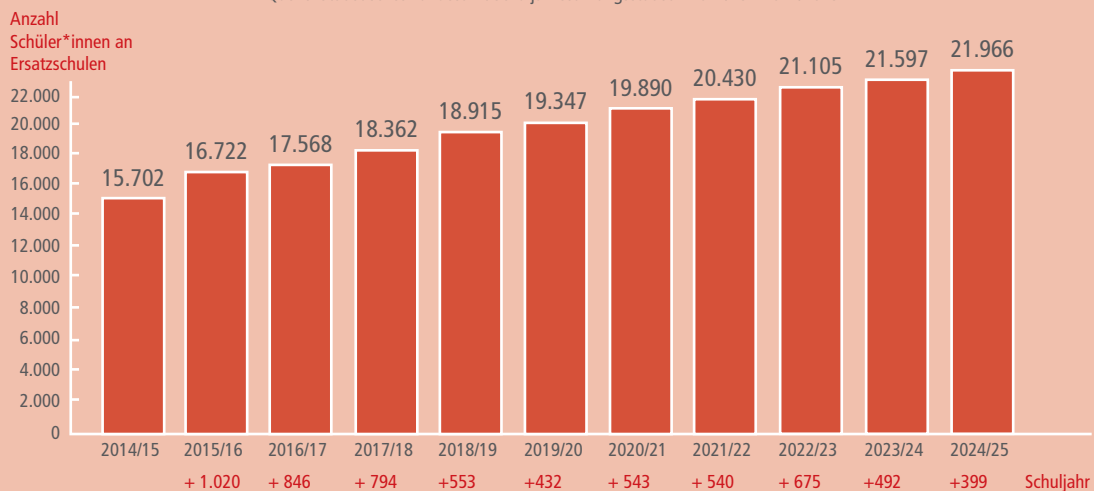
- 02.07.: Versendung eines Glückwunschscheibens an den neu ernannten **Bildungsminister Jan Riedel** mit der Bitte um ein Kennlerngespräch

- **04.07.:** Auswertung der vom **Statistischen Landesamt Sachsen-Anhalt** veröffentlichten Schuljahresanfangsstatistik für die allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2024/25

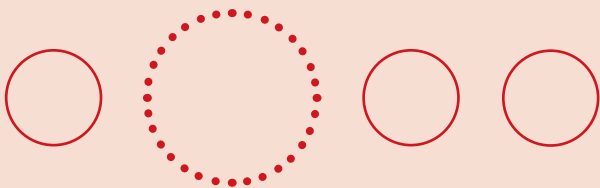
HINTERGRUNDINFORMATION:

Entwicklung der Anzahl der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Ersatzschulen in Sachsen-Anhalt in den letzten 10 Jahren

Quelle: Statistisches Landesamt Schuljahresanfangsstatistik 2014/15 - 2024/2025



- **11.07.:** Schreiben an **Bildungsminister Jan Riedel** zur Ausarbeitung des VDP Sachsen-Anhalt zu Problemen hinsichtlich der Nachvollziehbarkeit der Berechnung der erst im April 2025 veröffentlichten Schülerkostensätze für das Schuljahr 2023/24 und der sich daraus oftmals ergebenden Rückforderungen in teilweise sehr erheblicher Höhe gegenüber zahlreichen freien Schulträgern; dabei Hinweis auch auf verschiedene schon vorab zu diesem Thema versendete Schreiben an das **Bildungsministerium**, auf die bis zu diesem Zeitpunkt noch keine Antwort erfolgt war
- **16.07.:** Nach der nunmehr erfolgten Zusendung eines Antwortschreibens des **Bildungsministeriums** zu den Berechnungen der Finanzhilfesätze für das Schuljahr 2023/24 wandte sich der VDP Sachsen-Anhalt umgehend erneut an das Ministerium, da aus seiner Sicht die vom ihm thematisierten Fragen zur konkreten Berechnung der genannten Sätze nur unzureichend aufgegriffen wurden und somit die Finanzhilfeberechnungen und die sich hieraus ergebenden Rückforderungen für die meisten Schulträger weiterhin nicht hinreichend nachvollziehbar waren.
- **16.07.:** Teilnahme an virtueller Sitzung der **VDP-Fachgruppe „Arbeitsmarktdienstleistungen“**
- **21.07.:** Treffen mit **MdL Karin Tschernich-Weiske (CDU)**: Gespräch u.a. über Probleme bei den Finanzhilfebescheiden für das Schuljahr 2023/24 und daraus möglicherweise erneut resultierenden Klageverfahren (soweit noch kein Fristablauf)



- 23.07.: Besuch Jobcenter der Stadt Halle: Gespräch von Vorstand **Steffen Kilian** und Geschäftsführer **Jürgen Banse** mit dem **Jobcenter-Geschäftsführer Jan Kaltofen** u.a. über die Umsetzung der alleinigen Zuständigkeit der Arbeitsagenturen für die Ausgabe von Weiterbildungsgutscheinen



*Zu Besuch im Jobcenter Halle (von links nach rechts): **Jürgen Banse** und **Steffen Kilian** im Gespräch mit **Jan Kaltofen**, der das größte Jobcenter in Sachsen-Anhalt leitet.*

- 23.07.: Besuch des **Learn and Speak – Wolpert Schulungszentrums** in Halle: Vorbereitung der nächsten VDP-Fachtagung „Erwachsenenbildung“, die in den Räumlichkeiten dieser Bildungseinrichtung stattfinden wird; Das Wolpert Schulungszentrum engagiert sich insbesondere im Bereich der Integrations- und Berufssprachkurse für Geflüchtete und Zugewanderte.



***Jürgen Banse** (dritter von links) traf sich mit der Geschäftsführung bzw. Schulleitung des Learn and Speak – Wolpert Schulungszentrums Halle (von links nach rechts): **Martin Garwels**, **Sabine Kupper** und **Paul Wolpert**.*

Der VDP Sachsen-Anhalt organisiert in jedem Jahr mindestens eine Fachtagung für die Ersatzschulen und eine für die Erwachsenenbildungsanbieter.



- 24.07.: Besuch der **Freien Evangelischen Grundschule in Weißenfels** und im Anschluss Treffen mit **MdB Anna Aeikens** (CDU) in Haldensleben: Vorstellung der bundespolitisch relevanten Arbeitsfelder des VDP Sachsen-Anhalt (u.a. Umsetzung der Pflegeausbildung, von Arbeitsförderprogrammen und von Integrationskursen)



Die **Freie Evangelische Grundschule in Weißenfels** unterstützte engagiert die Petitionen des **VDP Sachsen-Anhalt** im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens zum Haushaltsbegleitgesetz 2025/2026.

- 25.07.: Treffen mit **MdL Stephen Gerhard Stehli** (CDU): Gespräch über die Folgen der im Frühjahr gegenüber zahlreichen Ersatzschulträgern ergangenen Finanzhilfebescheide des Landes für das Schuljahr 2023/24 sowie über die bislang nicht erfolgte Berücksichtigung der freien Schulen bei der Umsetzung des dualen Lehrkräftestudiums



Am 24.07.25 besuchte Jürgen Banse die Bundestagsabgeordnete **Anna Aeikens** in ihrem Wahlkreisbüro.

MITGLIEDER IM VDP SACHSEN-ANHALT (Stand: 01.01.26)

- Adam-Olearius-Schule Aschersleben
- Akademie Überlingen
- AMEOS Institut Ost (neu seit 01.05.25)
- BBA Berufsbildungsakademie "Altmark"
- BBI – Akademie für berufliche Bildung gGmbH
- BBI – Bildungs- und Beratungsinstitut GmbH
- BBZ – Berufsbildungszentrum Elbe GmbH
- Bechtle GmbH
(Fördermitglied, neu seit 01.01.2025)
- Bodelschwingh-Haus Wolmirstedt
- BTZ zu Thale und Aschersleben – Stiftung
- BVH Gesellschaft für angewandte Bildung und Sozialforschung mbH
- BZ Bildungszentrum Dessau gGmbH
- Campusware GmbH (Fördermitglied)
- Care Campus Harz gGmbH
- CareLend Bildungsgesellschaft mbH
- Celook Schulträger GmbH Querfurt
- Christliche Akademie Halle gGmbH
- CJD Sachsen-Anhalt
- Cursus Katrin Neef-Wedler
(neu seit 01.10.2024)
- Deutsches Erwachsenen-Bildungswerk (DEB) gGmbH
- Diakonieverein e.V.
Bitterfeld-Wolfen-Gräfenhainichen
- DIBICON - Digitale Bildungsträger Consulting UG
(Fördermitglied, neu seit 01.12.2024)
- EBG Europäisches Bildungswerk für Beruf und Gesellschaft gGmbH
- ECOLE-Stiftung zur Förderung französisch-deutscher Bildung
- Eromesmarko (Fördermitglied)
- Erste Kreativitätsschule Sachsen-Anhalt e.V.
- Euro-Schulen-Organisation GmbH
- Evangelische Domgrundschule Magdeburg
- Evangelische Grundschule „Martin Luther“ Oppin
- Evangelische Landeskirche Anhalts
- Evangelisches Schulzentrum Wittenberg e.V.
- Evangelische Stiftung Neinstedt
- FIT-Ausbildungs-Akademie gGmbH
- Freie Evangelische Schule Weißenfels
- Freie Ganztagschule Altmark e.V.
- Freie Gesamtschule „Gustav Adolf“ Lützen
- Freie Grundschule auf dem Bauernhof Bindfelde
- Freie Grundschule Großalsleben „Maria Montessori“
- Freies Gymnasium Geiseltal Mücheln
- Freie Montessori-Grundschule Aschersleben e.V.
- Freie Montessori-Schule Schönebeck e.V.
- Freie Schule Altmark e.V. Depekolk
- Freie Schule Elbe-Havel-Land
- Freie Sekundarschule Bernburg
- Freie Um-Welt-Schule Angern
- Freie Waldorfschule Halle e.V.
- Freie Waldorfschule Magdeburg e.V.
- future Training & Consulting GmbH Halle
- Gemeinnütziges Paritätisches Bildungswerk Sachsen-Anhalt - PBW GmbH
- Gemeinschaftsschule Anhalt e.V.
- Gesamtschule im Gartenreich e.G. Oranienbaum
- GfM GmbH & Co KG
- Grone-Bildungszentrum Sachsen-Anhalt – gemeinnützig – (neu seit 01.09.25)
- IBB – Institut f. berufl. Bildung AG
- IBB – Institut f- berufl. Bildung Harz
- IBLM Leuna-Merseburg e.V.
- IBP – Institut f. Bildungsmanagement Dessau

- Initiative zur Förderung aktiver und freier Pädagogik e. V. Magdeburg
- Institut Braune gGmbH
- Internationaler Bund Mitte gGmbH
- Internatsschule Hadmersleben GmbH
- IWK Institut für Weiterbildung in der Kranken- & Altenpflege gGmbH
- HAYS AG (Fördermitglied, neu seit 01.05.2025)
- Johanniter Bildung Mitteldeutschland gGmbH
- Katholisches Büro Sachsen-Anhalt (Fördermitglied)
- Klusstiftung zu Schneidlingen und Groß Börnecke
- Kolping-Bildungswerk Württemberg e.V. (Fördermitglied)
- Landschulheim Grovesmühle
- Ludwig Fresenius Schulen gem. GmbH
- MAXX2IT GmbH (Fördermitglied)
- MMB gGmbH c/o Ev. Schulstiftung in Mitteldeutschland
- MBA Medizinische Berufs-Akademie GmbH
- Montessori-Gesellschaft Halle e.V.
- Montessori-Grundschule Naumburg
- Nestor Bildungsinstitut GmbH
- Niemann Consulting GmbH (Fördermitglied, neu seit 01.01.2025)
- Oskar Kämmer Schulen
- Privatschulen „Altmark“ gGmbH
- Privatschule Hans Klein gGmbH
- Privatschulen Stendal & Tangermünde
- Rahn Education
- Riesenklein gGmbH
- Saaleschule für (H)alle e.V.
- SECOMA Academy GmbH
- Semper Holding AG
- SWOP/SmartKomm GmbH (Fördermitglied)
- Sprachschule 2000 GmbH
- Stiftung Ev. Jugendhilfe St. Johannis Bernburg
- Teutloff Bildungszentrum GmbH Wernigerode
- TWBI Aus- und Weiterbildungs GmbH (Fördermitglied)
- Verein der Freien Waldorfschule Dessau-Roßlau e.V.
- Verein Evangelische Grundschule Magdeburg e.V.
- VfB Salzwedel e.V.
- WBS TRAINING Schulen gGmbH
- Werkskolleg GmbH
- Wolpert Schulungszentrum – Sprachschule Halle GmbH
- Zukunftswerkstatt Mitteldeutschland GmbH

**Werden auch Sie
(Förder)Mitglied des
VDP Sachsen-Anhalt e.V.
und profitieren Sie
von unseren
Leistungen!**

VDP 



Impressum

Herausgeber:

Verband Deutscher Privatschulen
Sachsen-Anhalt e.V.
Otto-von-Guericke-Straße 86a
39104 Magdeburg
Tel. 0391 7319160
VDP.LSA@t-online.de
www.vdp-sachsen-anhalt.de

Redaktion (VDP Sachsen-Anhalt):

Jürgen Banse, Jacqueline Voß

Redaktionsschluss: 31.01.26

Bildnachweis:

Soweit keine besondere
Quellenangabe erfolgt, stammen alle
in der Broschüre verwendeten Fotos
vom VDP Sachsen-Anhalt e.V.

Gestaltung und Umsetzung:

Jacqueline Voß (VDP Sachsen-Anhalt)
Stefanie Frank
www.s-frank-design.de